

Commerzial

Zentral-Organ für die Interessen

der im Handels-, Transport- und Verkehrsgewerbe beschäff. Arbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands.

Publikations-Organ des Zentral-Verbandes der Handels-, Transport-, Verkehrsarbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands.

Erscheint alle 14 Tage Sonntags.
Einzel-Abonnement pro Quart. franco geg. franco 1 M.
Der Courier ist in die Postanstaltsgeliste eingetragen.

Redaktion und Exped.: Berlin SO. 16, Engel-Ufer 21.
— Telefon: Amt IV, 950. —
Geöffnet: 9—1 Uhr Vorm., 3—7 Uhr Nachm. Sonntags geschl.

Redaktionschluss
am Montag Abend vor Erscheinen des Blattes.
Unverlangte Manuskripte werden nicht zurückgeschickt.
Aufschriften und Reklamationen an die Schriftleitung.

Ar. 13.

Berlin, den 18. Juni 1905.

9. Jahrg.

Fünfter deutscher Gewerkschaftskongress.

II.

Nach Erledigung der Genossenschaftsfrage referiert Linz Berlin über das Schmerzgefühl der Gewerkschaftsorganisation, die Gewerkschaftskarteile. Nach seinen Vorschlägen beschränkt der Kongress die Tätigkeit dieser örtlichen Gewerkschaftsausschüsse auf die Lokal- und Verbergsfrage, den Arbeitsnachweis und Arbeitschutz, einschließlich der Arbeiterversicherung. Wo die Kartelle sich im Rahmen dieser Befugnisse halten, sollen die Zentralverbände auf den Beitritt ihrer Filialen zu ihnen hinwirken.

Im folgenden Punkt der Tagesordnung: „Arbeitskammern oder Arbeiterkammern“ plädiert Redakteur Umbreit in ausgezeichneter Weise für Arbeitskammern. Der Streik innerhalb der Arbeiterschaft, ob Arbeits- oder Arbeiterkammern, sei so alt wie die Fragen der gesellschaftlichen Arbeitervertretung überhaupt. Auch die Reichstagsfraktion habe 1889 ihren Standpunkt geändert und sich seit 1891 sogar programmatisch auf paritätische Arbeitskammern festgelegt. Den Gegenteilm, betreffend die Errichtung von Arbeitskammern und eines Reichsarbeitsamtes billigte er durchaus nicht in allen Punkten; er stelle mit Unrecht die statische der sozialdemokratischen Tätigkeit der Arbeitskammern voran. Aber über die Grundlage dieses Entwurfs müßten wir uns klar werden, weil die Regierung jetzt endlich, nach 30 Jahren Propaganda, eine Art Arbeitskammern in Aussicht gestellt habe. Arbeiterkammern seien das mindeste, was wir zu fordern hätten. Wir wollen aber mehr als nur eine Institution für Gutachten.

Reichstagsabgeordneter Que tritt als Korreferent für Arbeitskammern ein. Die beiden Schlagwörter erklären den Streitpunkt kaum. Umbreit will in Falle der Nichtverhandlung der Arbeiter- wie der Unternehmergruppe das Recht geben, gesondert vorzugehen. Aus legt Wert darauf, daß die reinen Arbeiterkammern mit den reinen Unternehmerkammern zum Zweck der Tarifvereinbarung usw. zusammenzutreten. Scheint das nicht wie ein leeres Wortspiel? Umbreits Gedankenengang läuft darauf hinaus, einen gewaltigen Selbstverwaltungskörper für die sozialpolitische Verwaltung zu schaffen. Ein Reichsarbeitsamt, paritätisch zusammengesetzt wie die ihm unterstellten Arbeitsämter soll alle die sozialpolitischen Befugnisse des Bundesrats, insbesondere die aus §§ 120 bis 120 c der Gewerbeordnung erhalten; die Arbeitsämter sollen für das weite Gebiet der sozialen Gesetzgebung die Rechte der Polizei und der Ortsbehörde, in der Verhinderung die Befugnisse der jetzigen Lokalverwaltung erhalten. Eine solche Körperschaft könnte zweifellos wertvolleres schaffen, als Gutachten und Statistiken. Und selbst die brauchen nicht zu kurz zu kommen. Wenn auch für die Unternehmerseite das gleiche und das Proportionalwahlrecht eingeführt würde, könnte mancher sozialgesinnte Kleinmeister Unternehmervertreter werden und uns zur Mehrheit verhelfen. Und die Gutachten dieser paritätischen Körperschaft würden allerdings mehr Eindruck machen, besonders wenn nach einer weiteren Forderung Umbreits die bestehenden Unternehmerkammern aller öffentlich-rechtlichen Funktionen entkleidet würden, als die Urteile einseitiger Interessenvvertretungen.

Que schilt Umbreit im Korreferat einen Alusionisten. Weber Regierung noch Unternehmervertretungen dachten daran, sich umfangreicher Machtbefugnisse zu entsühnen. Denn: was einer hat, das hat je. Ständiger Kampf mit dem Schachnachwuchs werde die Arbeiter in den Arbeitskammern lähmen. Mit den Klaffgenossen könne man sich in Arbeiterkammern verhandeln und nähertommen, mit dem Unternehmer nie. Die Unternehmer würden bei paritätischen Kammern ihre reinen Interessenverbände, ihren direkten Einfluß auf die Regierung und ihre größere Gewontheit voraussetzen. Auf der anderen Seite könnten Arbeiterkammern durch wahrhaftige und doch amtliche Statistiken der Arbeiterschaft viel Nutzen bringen.

Dann folgt die namentliche Abstimmung. Für Arbeitskammern stimmen geschlossen die Delegierten der Bäcker, Handlungsgesellen, Kupferbeschle, des Metallarbeiter-Verbandes, der Seidler und der Holzbearbeitungsmeister; außerdem die Mehrheit der Delegierten der Schmelze und Minierbetriebe unter den Bergarbeitern (1), Bildhauer (1), Buchbinder (1), Buchdrucker (1), Fabrikarbeiter (2), Formschneider (1), Gassenarbeiter (1), Maurer (3), Schuhmacher (3), Stuhlreiter (1), Textilarbeiter (6) und Zimmerer (1). Diese 48 Delegierten vertreten 379 481 Mitglieder. Für Arbeiter-

kammern entschieden sich außer unseren Verbandsdelegierten die übrigen Vertreter, sie vertreten 771 663 Mitglieder, also die Mehrheit. Der Gewerkschaftskongress hat sich also entgegen der Reichstagsfraktion für Arbeiterkammern ausgesprochen.

Die nachträglich formulierte und vom Kongress dann einstimmig acceptierte Resolution lautet:

Der fünfte deutsche Gewerkschaftskongress erwartet von der Reichsregierung die Schaffung von Arbeiterkammern als gesetzlich anerkannte Arbeitervertretung. Dieselben sollen berufen sein, in allen, die Interessen der Arbeiterschaft betreffenden Angelegenheiten Vorschläge zu stellen, Gutachten zu erstatten, Beschwerden zu führen, bei der Veranstaltung von Enquetes und arbeitsstatistischen Aufnahmen, sowie insbesondere bei der Ausgestaltung, Durchführung und Beaufsichtigung des Arbeiterschutzes und an der Förderung korporativer Arbeitsverträge mitzuwirken.

Der Kongress erblickt in dem geplanten Ausbau der Gewerbeämter zu Arbeitskammern nur den Versuch, die Wirklichkeit selbst dieser Organe zu verkleinern und eine Vertretung der welschen Arbeiterschaft auszuschießen. Von der Überzeugung durchdrungen, daß dieser Weg nicht geeignet ist, die gleichberechtigte Mitarbeit der Arbeiterschaft in Reich und Staat zu gewährleisten, verwirft der Kongress durchaus diese wie jede andere Lösung, die der Schaffung selbstständiger Kammern entgegensteht.

Als unerlässliche Vorbedingung erachtet der Kongress, daß das aktive und passive Wahlrecht zu diesen Kammern auf der Basis des Proportionalwahlsystems allen gewerkschaftlichen Arbeitern und Arbeiterinnen in Bergbau, Industrie und Gewerbe, Handel, Verkehr und Landwirtschaft erteilt wird und daß die besoldeten Angestellten der Berufsvereine ebenso wie berufstätige Arbeiter wählbar sind.

Es folgt nun die Generalfreist-Debatte.

Böhmung als Referent fällt mit ägendem Spotte über die anachronistischen Phantasien von Stilllegung der Produktion und des Verkehrs her. Redner mündet sich dann gegen jene Literaten, die leichfertiger den Generalfreist empfehlen. Welche ungeheure Mühe, welche ungeheure Opfer hat es gekostet, bis die deutsche Gewerkschaftsbewegung die letzte hohe Stufe ihres Könnens und ihrer Macht erreichte. Sie ist die Frucht mühsamer Arbeit von drei bis vier Jahrzehnten. Zum Weiterstreben bedürfen wir der Ruhe. Aber da legen sich die Literaten hin und schreiben und schreiben. Man brauche keineswegs zu sagen, daß der Generalfreist nie angewendet werden würde; aber heute sei es unnütz, darüber zu sprechen. Wenn die Organisationskräfte und ihre Mitglieder zu klaffenren Genossen erzogen würden, werde die Arbeiterschaft einst am Waple sein, wenn es gälte, zu kämpfen, werde legen und ihr Ziel erreichen. (Beifall des Besatz). Die übergroße Mehrheit der Delegierten stimmt Böhmung zu. Reichstagsabgeordneter Robert Schmidt-Berlin warnt vor übertriebener Nervosität. Die Arbeiterschaft sei stark genug, allen Gefahren ruhig entgegen zu sehen. Leipziger-Böhmung (Bergmann) hält es für Generalunfug, den Glauben zu verbreiten, als könnte man durch dreitägige Generalstreikaktionen etappenweise in den Zukunftsstaat hineinkommen. Schumann-Berlin gibt namens der Transportarbeiter die Erklärung ab, daß sie sich jedem Versuch eines Generalfreists weigern mülten. — Den entgegengesetzten Standpunkt nahmen Roth-Berlin (Buchbinder), Riesel-Berlin (Tabakarbeiter), Timm-München und v. Elm-Hamburg ein. Timm verteidigt die „Literaten“ und warnt davor, ruhig mitanzusehen, daß die Gewerkschaftsbewegung dadurch zum Stillstand gebracht würde, daß man den politischen Arm der Arbeiterbewegung fest binde. v. Elm empfiehlt auf Hamburg.

Wenn die Hamburger Arbeiter nicht nur Versammlungen abhielten, sondern, wenn auch nur eine Woche lang, die Arbeit ruhen ließen und keine Einschüßigung von Partei und Gewerkschaft annehmen, wenn sie durch diese Demonstration zeigen, wie wichtig, wie heilig ihnen ihr Wahrecht ist, so würde das seine Wirkung nicht verfehlen. Die Gefahren des Generalfreists bittet Elm nicht zu über-treiben. Der Organisationsrat könnte der Generalfreist nur gefährlich werden, wenn er als alleiniges Kampfmittel empfohlen würde. Der persönlichen Sicherheit der Arbeiter nur dann, wenn der deutsche Arbeiter so sehr zu Fußschneide. Aber der Sinn für Gefährlichkeit, der Respekt vor der Fickelhaube liegt tief im Blut. v. Elm verlangt wenigstens Diskussionsfreiheit für die Generalfreistfrage. Auch andere Redner, die sonst Böhmung's Standpunkt

teilen, wenden sich gegen die Warnung vor der Propagierung des Generalfreists. Aber der Kongress hält gegen höchstens 30 Stimmen auch diesen Passus der Resolution Böhmung aufrecht und nimmt sie im ganzen gegen 7 Stimmen an.

Diese Resolution lautet:

Der fünfte deutsche Gewerkschaftskongress erachtet es als eine unabwiesbare Pflicht der Gewerkschaften, daß sie die Verbesserung aller Gesehe, auf denen ihre Existenz beruht und ohne die sie nicht in der Lage sind, ihre Aufgaben zu erfüllen, nach besten Kräften zu fördern und alle Versuche, die bestehenden Rechte zu beschneiden, mit aller Entschiedenheit bekämpfen.

Auch die Taktik für etwa notwendige Kämpfe solcher Art hat sich nach den jeweiligen Verhältnissen zu richten.

Der Kongress hält daher auch alle Versuche, durch die Propagierung des politischen Massenstreiks eine bestimmte Taktik festlegen zu wollen, für verwerflich; er empfiehlt der organisierten Arbeiterschaft, solchen Versuchen energig entgegenzutreten.

Den Generalfreist, wie er von Anarchisten und Reuten ohne jegliche Erfahrung auf dem Gebiete des wirtschaftlichen Kampfes vertreten wird, hält der Kongress für undistutabel; er warnt die Arbeiterschaft, sich durch die Aufnahme und Verbreitung solcher Ideen von der täglichen Kleinarbeit zur Stärkung der Arbeiterorganisation abhalten zu lassen.

Beim Punkte Walfeler traten sich vier Ansichten gegenüber. Die extremsten vertreten Bringmann-Hamburg (Zimmerer) und Leipziger (Bergarbeiter). Sie leugnen wie den Erfolg der Walfeler als solchen so auch ihre agitatorische Kraft für die Gewerkschaftsbewegung. Die Walfeler durchkreuzen im Gegenteil jede vernünftige Gewerkschaftstatistik, indem sie jedes Jahr einmal dem Unternehmertum eine breite Angriffsfront bieten. Der Beschluß des internationalen Kongresses könne die Gewerkschaften nicht binden. Man solle endlich aufhören, den lahmten Gaul der Walfeler vor den Agitationskarren zu spannen. Beide Redner verlangen, daß die Gewerkschaften sofort die Walfeler aufgeben und sie mitamt der Arbeitsruhe der Partei überantworten wollen. — Während diese beiden Delegierten mit ihrem Vorschlag ganz allein bleiben, schart sich eine große Zahl — wahrscheinlich die Mehrheit der Delegierten — um den Vorschlag des Referenten Robert Schmidt: Die Walfeler zwecks größerer Vereinheitlichung und stärkerer demonstrativer Kraft auf den Abend des 1. Mai zu verlegen. Der Referent weist eingehend nach, daß diese Form der Walfeler lange Zeit hindurch die in Deutschland übliche war, nie einen imponierenden großen Eindruck angenommen, wohl aber den Gewerkschaften viel Geld gekostet habe. Der Redner weist dann noch die demagogischen Verusche zurück, in dieser Frage einen künstlichen Gegensatz zwischen Gewerkschafts-Beamten und -Mitgliedern zu schaffen. Glosse-Berlin (Holzarbeiter), Timm-München und Bielefeld (Maurer) waren die hauptsächlichsten Wortführer der Richtung, die keinen genügenden Grund finden konnten, nach 15 Jahren auch die Walfeler rückwärts zu revidieren. Im Interesse der Pflege des Idealismus in der deutschen Arbeiterschaft mülchten sie sogar die striktere Durchführung der Arbeitsruhe. — Siegreich blieb schließlich ein Gedanke, den der Reichstagsabgeordnete Bock-Gotha in die Debatte warf und mit großer Wärme verfolgte: Daß die Gewerkschaften unter keinen Umständen auch nur den Schein eines Konflikts mit der Partei hervorrufen dürften, mit der sie im Dienste der Arbeiterbewegung so eng verbunden seien. So entschlossen sich denn alle Antragsteller, ihre Vorschläge zurückzugeben. Vor dem nächsten internationalen Kongress soll sich die Generalmission mit dem Parteivorstand über eine einheitliche Stellung zur Walfeler verständigen.

Unter den verschiedenen allgemeinen Anträgen war es nur einer, der umfangreichere Erweiterungen hervorrief. Reichel-Scherm (Metallarbeiter-Verband) wünschte eine Entschärfung des Gewerkschaftskongresses dahin, daß man ein Industrieverband bestände, die Arbeiter der betreffenden Industrie ihm anzugehören verpflichtet seien. Fast alle größeren Verbände sprachen sich für diese Anregung aus. Zahlreiche Tatsachen wurden mitgeteilt, aus denen hervorging, wie schädlich für das Normatorkommen der Arbeiterklasse die nicht selten sogar illoyale Konkurrenz der Verbände gegeneinander ist.

Nach gegenseitiger Verständigung zwischen den Metallarbeitern, Holzarbeitern, unseren Delegierten und den Vertretern einiger kleinen Verbände wurde eine Resolution in folgender Form vereinbart:

b) Regelung der Arbeitszeit.

1. Die Arbeitszeit für Arbeiter und Maschinenführer dauert im Sommer, d. h. während der Zeit vom 1. April bis 30. September, von 6 Uhr morgens bis 6 Uhr abends und im Winter, d. h. während der Zeit vom 1. Oktober bis 31. März, von 7 Uhr morgens bis 6 Uhr abends, inkl. einer 1/2 stündigen Frühstückspause, einer 1 stündigen Mittags- und einer 1/2 stündigen Vesperpause.

2. Ueberstunden, d. h. für die Zeit, während welcher im Sommer nach 6 Uhr und im Winter nach 7 Uhr abends gearbeitet werden muß, werden den Arbeitern bis 10 Uhr abends mit 60 Pf. und nach 10 Uhr abends mit 75 Pf. pro Stunde bezahlt.

3. Falls während der Wintermonate Ueberstunden gemacht werden müssen, soll für die Zeit, während welcher von 6-7 Uhr gearbeitet wird, eine erhöhte Bezahlung nicht geleistet werden.

4. Falls an Sonn- oder Feiertagen gearbeitet werden muß, erhalten die Arbeiter hierfür 75 Pf. pro Stunde.

5. Die Arbeitszeit der Arbeiter regelt sich nach dem jeweiligen Geschäftsgang.

6. Die Arbeiter haben während der Wintermonate jeden zweiten Sonntag gänzlich frei.

c) Sonstige Bestimmungen.

1. Im Interesse der Reinlichkeit ist für die im Betriebe beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen Waschanlagen zu beschaffen und die dazu notwendigen Handtücher, sowie Seife zu liefern.

2. Maßregeln wegen Durchführung dieses Tarifs dürfen nicht stattfinden.

3. Dieser Tarif gilt vom 4. Juni 1905 bis zum 31. Mai 1906 und gilt auf ein Jahr verlängert, falls er nicht 6 Wochen vor Ablauf von einer Partei gekündigt wird.

Für die Firma:

M. Erbe.

Für die Organisation:
Zentralverband der Handels-, Transport- und Verkehrsarbeiter Deutschlands, Ortsverwaltung Berlin 1.

M. Werner.

Für die Arbeiter und Arbeiterinnen:
Otto Eisenrad, Rudolf Rasmann.

Tarifvertrag.

Zwischen der Firma Völk u. Co., Mineralwasserfabrik zu Schöneberg, und den bei ihr beschäftigten Arbeitern, Arbeiterinnen und Maschinenführern, sowie dem Zentralverband der Handels-, Transport- und Verkehrsarbeiter Deutschlands, Ortsverwaltung Berlin 1, wird heute nachstehender Tarifvertrag geschlossen:

a) Regelung des Lohnes.

1. Die Arbeiter erhalten während der Zeit vom 1. April bis 30. September bei täglich 10 stündiger Arbeitszeit einen Lohn von 28,50 M. pro Woche und für die Zeit vom 1. Oktober bis zum 31. März 24 M. pro Woche bei einer täglichen Arbeitszeit von 8 1/2 Stunden. Der 1. Arbeiter erhält außer dem vorbestimmten Lohn noch eine Ertragsvergütung von 3 M. pro Woche.

2. Die Arbeiter erhalten einen festen Lohn von 27 M. pro Woche. Außerdem erhalten diejenigen an Provision 4 pCt. vom täglichen Umsatz, 10 Pf. für je 100 zurückgebrachte leere Flaschen und 50 Pf. für jeden neuen Kasten. Bei großen Kunden erhalten die Arbeiter für je 100 zurückgebrachte leere Flaschen 20 Pf. vergütet und fällt in diesen Fällen die Provision vom Umsatz fort.

3. Die Arbeiter haben sich ihre Mitarbeiter selbst zu beschaffen und dieselben auch selbst zu entlohnen. Das Krankenbuch und die Invalidentarte der Mitarbeiter nimmt jedoch die Firma in Verwahrung und behält auch die Anrechnung der Verrentungen zur Krankenkasse.

4. Der Maschinenführer erhält während der Zeit vom 1. April bis 30. September bei 10 stündiger Arbeitszeit einen Lohn von 22,50 M. pro Woche und für die Zeit vom 1. Oktober bis zum 31. März 21 M. pro Woche bei 8 1/2 stündiger Arbeitszeit.

5. Sämtliche Löhne gelten als Wochenlöhne und dürfen Feiertage, welche auf einen Feiertag fallen, nicht gekürzt werden.

6. Die Auszahlung des Lohnes erfolgt des Freitags.

b) Regelung der Arbeitszeit.

1. Die Arbeitszeit für Arbeiter und Maschinenführer dauert im Sommer, d. h. während der Zeit vom 1. April bis 30. September, von morgens 6 Uhr bis abends 6 Uhr inkl. einer 1/2 stündigen Frühstückspause, einer 1 stündigen Mittags- und einer 1/2 stündigen Vesperpause. Während der Wintermonate, vom 1. Oktober bis 31. März, dauert die Arbeitszeit von morgens 7 Uhr bis abends 5 Uhr inkl. einer 1/2 stündigen Frühstückspause und einer einstündigen Mittagspause.

2. Für Ueberstunden erhalten die Arbeiter und Maschinenführer in der Zeit vom 1. April bis 30. September einen Aufschlag von 5 Pf. pro Stunde bis 10 Uhr abends, nach dieser Zeit wird jede weitere Ueberstunde mit 10 Pf. Aufschlag vergütet. Sonntagsarbeit wird ebenfalls pro Stunde mit 10 Pf. Aufschlag bezahlt. Während der Wintermonate werden Ueberstunden, falls solche gemacht werden müssen, von 5-7 Uhr abends mit einem Aufschlag nicht vergütet.

3. Falls in dringenden Fällen von den Angestellten verlangt wird, daß sie vor dem üblichen Beginn der Arbeitszeit zur Arbeit erscheinen müssen, so erhalten dieselben ebenfalls für diese Mehrarbeit einen Aufschlag von 10 Pf. für jede Stunde. Falls die Arbeitskräfte in vorbestimmtem Maße noch nicht durch Freigabe von Arbeitskräften ausreichen, so erhalten die Angestellten auch die Laufzeit (von ihrer Wohnung bis zur Arbeitsstelle) bezahlt.

4. Die Arbeitszeit der Arbeiter regelt sich nach dem jeweiligen Geschäftsgang.

5. Die Arbeiter haben während der Wintermonate jeden zweiten Sonntag gänzlich frei.

c) Sonstige Bestimmungen.

1. Im Interesse der Reinlichkeit ist für die im Betriebe beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen Waschanlagen zu beschaffen und die dazu notwendigen Handtücher, sowie Seife zu liefern.

zu beschaffen und die dazu notwendigen Handtücher, sowie Seife zu liefern.

2. Maßregeln wegen Durchführung dieses Tarifs dürfen nicht stattfinden.

Dieser Tarif gilt vom 29. Mai 1905 bis 1. April 1906 und gilt auf ein Jahr verlängert, falls er nicht 6 Wochen vor Ablauf von einer Partei gekündigt wird.

Berlin, den 29. Mai 1905.

Für die Firma:

Völk u. Co. Hiet.

Für den Verband:

Albert Uthoff.

Für die Angestellten:

Gustav Müller.

Bei Mensch u. Pöge erhielten die Arbeiter demnach eine Erhöhung ihres Lohnes von 4,50 M. pro Woche und außerdem für die Ueberstunden einen Aufschlag von 10 Pf. pro Stunde. Die Maschinenführer erhielten eine Zulage von 3 M. pro Woche. Bei der Firma Berolina erhielten die Arbeiter während der Sommermonate eine Zulage von 6 M. pro Woche und während der Wintermonate bei 24 M. pro Woche die Vergrößerung der Arbeitszeit um 1 Stunde pro Tag. Der erste Arbeiter erhielt außerdem eine Extra-Zulage von 10 M. pro Monat. Die Ergründungen der Arbeiter und Maschinenführer bei den übrigen Firmen bewegen sich in denselben Grenzen. Die Arbeiter haben durch die ihnen gemachten Zugeständnisse durchweg eine Zulage von 3-10 M. und darüber pro Woche erreicht.

Zu diesem Vorgehen haben wir wohl den Mineralwasserarbeitern und Arbeitern den Beweis erbracht, daß auch für sie durch die Organisation bedeutende Vorteile erringen werden können. Hoffentlich werden unsere Kollegen in dieser Branche nun endlich begreifen, was sie zu tun haben, um spätestens im nächsten Jahre eine einheitliche Bewegung durchzuführen zu können.

Kurzeit schrieben nach Verhandlungen mit verschiedenen Firmen über deren Verlauf wie in nächster Nummer des "Courier" berichten werden.

Bei der Firma V. Hermann, Kaffeehandlung, legten unsere hiesigen hiesigen Kollegen Arbeiter und Arbeiterinnen ebenfalls den Tarif vor, worauf es auch unter Einwirkung eines Verbandsvertreters am 29. Mai zur Verhandlung kam. Herr Hermann erklärte sich hierbei bereit, die geforderten Löhne zu zahlen, jedoch machte er den Einwand, erst seinen Verein zu fragen, um zu hören, was die Herren darüber denken. Darauf gingen unsere Kollegen mit Recht nicht ein, weil die hochtrabenden Versprechungen des Herrn Hermann unter diesen Umständen gleich Null waren. Sie drangen auf eine Einigung, wozu Herr Hermann leider nicht zu bewegen war. Letzterer erklärte, sein Geschäft dann lieber aufgeben zu wollen. Hierauf legten Arbeiter und Arbeiterinnen am 30. Mai einmütig die Arbeit nieder. Bedauerlicherweise hatte sich am 2. Tage des Streiks ein Auschloß, schwarzer Julius aus Weisenfeld, als Streikbrecher gefunden, der, wie der Unternehmer selbst sagt, 36 M. pro Woche erhält.

Eine am vierten Tage des Streiks stattgehabte Verhandlung verlief erfolglos, da Herr Hermann den einen Arbeiter nicht wieder einstellen wollte. Alle drei Streikenden beschloßen nun, sich anderweitig Arbeit zu suchen, was bei der herrschenden guten Konjunktur nicht schwer fiel. Leider hat Kollege Pöhl (Küster) diesen Beschluß durchbrochen, indem er nachträglich bei Hermann die Arbeit wieder aufgenommen hat. Herr Hermann, der sein Geschäft sofort aufgeben wollte, hat durch diesen mit Rücksicht auf die während dieser Zeit herrschende gute Konjunktur einen recht erheblichen Schaden erlitten. Er wäre jedenfalls bedeutend besser weggekommen, wenn er so wie seine Vereinskollegen sich mit seinen Arbeitern geeinigt hätte. Aber "die Klugen werden nicht alle".

Ueberraschender Erfolg in der Rheinischen Metropole!

Eine unheimliche Stille herrschte Donnerstag, den 4. Mai, in dem deutschen Rom. Kein Wagengeräusch, kein Pfeifenklänge hörte man; nur ab und zu sah man eine einsame Drostei rollen. Verwundert zog der christliche Bürger Kölns die Bismarckstraße in die Höhe und sah neugierig im Kalender nach, ob vielleicht ein unbekannter Feiertag sei. Ebenso verdrückt betrachteten die Fuhrherren, als sie aus den Federn gefahren waren, ihre Ställe, wo die Pferde freudig wiehern ob der ungewöhnlichen Erholung. Nun mit einem Worte, ein kurzer Bericht ist ja schon gebracht worden, die Fuhrleute Kölns und der Umgegend hatten ein Nachwort gesprochen und sich entschlossen, nicht anzupassen, bis ihre verschiedenen Forderungen bewilligt seien. Unsere Kollegen, die schließlich bezahlten und am wenigsten geachteten Arbeiter, hatten den Unternehmern den Forderungsbogen hingeworfen, weil man auf den eingefassten Lohnzettel einfach nicht zu antworten für nötig befunden hatte.

In den letzten 9 Monaten machten sich unsere Kollegen eifrig dahinter, so viel als möglich ihre Organisation auszubauen und umpannten Köln und die Vororte sozusagen mit einem Sektionsnetz. Die überaus traurige Lage und das grenzenlose Elend überall veranlaßte die leitenden Personen, trotz der jungen Organisation, in eine Lohnbewegung einzutreten. Nachdem, wie schon angedeutet, der Tarif ordnungsgemäß den einzelnen Firmen aufgestellt worden war und nur eine verschlingende Anzahl darauf geantwortet hatte, kam in einer überfüllten Abendversammlung am 3. Mai die Entrüstung der Kölner Fuhrleute elementarisch zum Durchbruch. Trotzdem sich die Fuhrherren die größte Mühe gaben, Zeit zu gewinnen, um unterhandeln zu können, wurde der Streik mit entscheidender Mehrheit beschlossen, und was keiner zu hoffen wagte, ist er für unsere Kollegen sehr günstig verlaufen. Durch gemeinsames Vorgehen unseres Verbandes mit dem Kölner Fuhrmannsverein, einer hiesigen Lokallorganisation, gelang es, am Donnerstag, den 4. Mai, den größten

Teil der Fuhrbetriebe Kölns und der Umgegend lahm zu legen.

Die Forderungen der Fuhrleute sind:

Lohnzettel.

1. Der Minimallohn (Wochenlohn) beträgt pro Woche 24 M., steigend nach einem halben Jahr auf 24,50 M., nach einem weiteren halben Jahr auf 25 M. Für Zwielpänner beträgt der Lohn pro Woche 1 M. mehr.

Uebersteigt der gegenwärtige Lohn den Minimallohn, so tritt eine Lohnsteigerung von 5 pCt. ein.

2. Die Arbeitszeit beträgt 11 Stunden täglich und muß innerhalb einer Stundenzahl von 13 Stunden erledigt sein.

Als Norm gilt die Zeit von 6 Uhr morgens bis 7 Uhr abends, von 7 Uhr bis 8 Uhr abends ist Ein- und Ausfuhrzeit.

3. Ueberstunden werden vor 6 Uhr morgens und nach 8 Uhr abends mit 50 Pf. der Stunde bezahlt.

4. Sonntagsarbeit wird mit 50 Pf. der Stunde, die ganze Sonntags-Tour mit 4 M. bezahlt.

5. Auszahlung des vollen Wochenlohnes Freitags.

6. Anerkennung der Organisation und des paritätischen Arbeitsnachweises.

7. Einsetzung einer paritätischen Schlichtungskommission, zu gleichen Teilen aus Fuhrherren und Fuhrleuten, unter Leitung eines unparteiischen Vorstehers.

8. Der Tarif gilt auf die Dauer von zwei Jahren und kann nur ein Vierteljahr vor Ablauf gegenseitig gekündigt werden.

Zur Begründung sei angeführt, daß die Milch- und Nahrungsmittelpreise ungewöhnlich in die Höhe geschossen sind. In einem ungünstigen Verhältnis zu dieser Zuerung sind die Löhne stehen geblieben. Dazu kommen die hohen Ausgaben für Kleidung, namentlich Schuhwerk, Polzeithosen, denen der beste Fuhrmann nicht entgeht, Ausgaben für Werberbänken usw.

Unserseits erklären sich ausdrücklich zur mündlichen Unterhandlung bereit und erbitten gefällige resp. zusage Antwort.

Die Lohnkommission.

Zur Auftrage des Zentralverbandes der Handels- und Transportarbeiter und des Kölner Fuhrmannsvereins.

Dieser Lohnzettel wurde von einigen Firmen schon in den Vormittagsstunden bewilligt. Bei der Firma Strohe, bahnamtlicher Güterbesitzer, wo 184 Mann in Betracht kamen, dauerte es bis zum zweiten Tage, ehe eine Einigung erzielt wurde. Hier ließen sich die Kollegen, natürlich nur zu 40 pCt. organisiert, ängstlich machen. Ihnen scheint die Arbeit so in Feilsch und Mut übergegangen zu sein, daß sie nur einen Tag festbleiben konnten, am zweiten aber schon an Armen und Beinen zitterten, um nur ja wieder ins Geschäft fliegen zu können. Durch ihr übereiltes Vorgehen mußten sich bei dieser Firma die Kollegen mit dem wenigsten Erfolg begnügen. Derselbe besteht in 1,80 M. pro Woche für die Fuhrleute und 8 M. pro Monat mehr für die Fuhrherren. Hinzu kommen noch einige kleine Verbesserungen bezüglich der Arbeitszeit.

Nachdem nun nach der großen Gefährdung, Kollaps und die verschiedenen Firmen schmerzlich bewilligten, folgten im Laufe des Sonntags eine ganze Reihe kleinerer Gefährdungen, so daß man am Sonntag abends, den 6. Mai, den Streik als erfolgreich durchgeführt bezeichnen konnte.

Sehr interessant war das Verhalten der Fuhrherren während des Streiks den verhandelnden Lohnkommissionen gegenüber, denn das ausgedehnte Streikgebiet und die durchgehende Unruhe der Unternehmer erforderte, daß der Kommissionen mehrere gingen. Es muß hier bemerkt werden, daß wir erwartet hatten, mit einer Fuhrherrenvereinbarung unterhandeln zu müssen. Da die Neugierde aber ganz verlagert, mußte jede Firma einzeln abgeklappt werden. Die Unternehmervereinbarung wurde am besten gekennzeichnet durch einen Fuhrherren, welcher sich bei den Verhandlungen äußerte: Wenn man dahin geht (in die Vereinigung) und sieht die Gefährdung, möchte man am liebsten seinen Hut nehmen und wieder gehen.

Daß man von solchen Leuten kein Verständnis für die Forderungen unserer Kollegen erwarten kann, sondern alles entzählen muß, ist leicht begreiflich. Nun, dies nur nebenbei. Aber wie ein roter Faden zog sich durch die ganze Lohnbewegung das Bestreben der Fuhrherren, mit ihren Leuten allein zu verhandeln. Wie oft schaute man die Vertreter des Verbandes. Stellensweise mußten die Verbandsfunktionäre ganz energisch vorgehen, um überhaupt an den Verhandlungen teilnehmen zu können.

Wenn je einmal, dann ist in Köln dem Verband der Handels-, Transport- und Verkehrsarbeiter das ehrenvolle Zeugnis ausgestellt worden, daß er rücksichtslos das Interesse der Kollegen vertritt. Das beweisen die Fuhrherren dadurch, daß sie mit Händen und Füßen wehren, wenn die Fuhrleute nicht ohne die Vertreter des Verbandes verhandeln können.

Auch die "nützlichen Elemente", die Mitglieder eines jeden hiesigen Unternehmens machten sich, wenn auch in verschönerndem Maße bemerkbar. Doch hier verlagte die Kölner Gemütskraft vollständig. Mit einer Gründlichkeit und einer Vorsicht, woran sich jede kämpfende Gewerkschaft ein Beispiel nehmen könnte, wurde den Streikbrechern, pardon, Arbeitswilligen der Standpunkt klar gemacht und ihnen Solidarität eingepaukt. Die Polizei, welche in Köln bei seiner Profession und auch bei seinem Kamelebszug fehlt, mußte selbstverständlich auch hier dabei sein. Während man anerkannt werden, daß sie überall pünktlich auf dem Posten war, aber sich auch überall entfernen mußte, ohne Proben ihrer Tätigkeit abgelegt zu haben. Ein Kommissar ludte sogar die Unternehmer auf und schickte ihnen die weitestgehende polizeiliche Unterstützung zu. Man kommt so unwillkürlich auf den Gedanken, was soll dies?

In einem Bericht bezieht sich bei zwei der größten Firmen die "Rheinische Metropole", daß sie Verständnis haben für die Harmonie zwischen Kapital und Arbeit,

indem sie ihre freigeordneten Kollegen einfach vertreiben. Ihre Einigkeit glänzte, indem sie sich untereinander ordentlich prügelten und ihren Vorstehenden zum Teufel jagten. Schließe sich, wer kann, vor solchen Bundesgenossen. Ein Untertan, er nennt sich „Christlich“, schwafelt von einem Glaslo der Kölner Fährleute. Ob dem Menschen nicht die Schamröde ins Gesicht gestiegen ist, als er das für sein Kässbrot schrie? Wie er derartige Anekdote mit seinem Christentum vereinbaren kann, ist unbegreiflich. Die einzige Beschäftigung eines solchen Wahnschoppers besteht darin, die Arbeiter zu entzweien zum Nutzen der Unternehmer. Ein kräftiges Pfui für eine solche Handlungsweise.

Es muß wohl jedem einleuchten, daß wir in Köln nicht verschont worden sind.

Trotz alledem, die Kollegen Fährleute haben durchschaut, eine Lohnerhöhung von 3 Mt. pro Woche erlangen und können mit ihrem Erfolg zufrieden sein. In ihnen wird es liegen, wenn das Ertragnis dauernd sein soll. Sie müssen ihre Organisation bis in den kleinsten Winkel ausbauen; denn das nächste Mal wird es nicht so leicht sein, dann können sich die Kollegen auf einen harten Kampf gefaßt machen.

Also hinein in die Organisation, auf zu neuen Erfolgen!

Christliches aus Köln.

Das Organ des christl. Pfiffs- und Transarbeiter-organisationsbüros, die neugeborene Gewerkschaftsstimme, kann es nicht unterlassen, unsere Organisation sowie unsere Kollegen in der unchristlichen Weise anzupöbeln.

Auf ein paar faulebilde handgreifliche Klagen kommt es dem Zentrums-Gewerkschaftler, dem Verschwörer des Streiks und Vorkämpfers nicht an. Das achte Gebot scheint für diese Missethäter nicht zu gelten.

Ja ihr ganze Ekel, ihre ganze Existenz beruht auf Schwindel, Verdrehungen und Lügen. Dieses mal hat es unsere günstig verlaufene Lohnbewegung der Kölner Transportarbeiter diesem Schwindelverwandten angetan. Vergnügt und blöde darüber, daß sie unsere Bewegung nicht auseinanderreiben konnten, daß sie, weil sie keine Mitglieder in der Hochburg haben, kurz, weil sie nie so sagen, hatten bei der Bewegung ihre unwissenden Lehren vorgebracht, unser Verband sei bei der größten Firma am Orte. — Strohe, zwischen zwei Stühlen geraten. Erstens behauptet der Zentrums-Führer, daß unser bei der Firma beschäftigte Vertrauensmann zu den Unterhandlungen nicht zugelassen wurde, eben weil er Mitglied unseres Verbandes sei. Wohl habe er an den Unterhandlungen vor dem Regierungsrat D. als Arbeiter der Firma Strohe teilnehmen dürfen.

Wie gnädig!

Wie verhält sich nun die Sache in Wirklichkeit? Die Streikleitung hatte es den Vertrauenspersonen anheim gestellt, in den einzelnen Betrieben geschlossen die Arbeit aufzunehmen, wenn annehmbare Zugeständnisse schriftlich gegeben werden. Selbstverständlich hatten die Kollegen vor der Arbeitsaufnahme in geheimer Abstimmung über diese Frage zu befinden. So auch bei der Firma Strohe. Nachdem ein Mitglied der engeren Lohnkommission das Resultat der Unterhandlungen bekannt gegeben mit der Versicherung, daß mehr gegenwärtig nicht zu erreichen sei, entließen sich die Strohe'schen Kollegen mit harter Zerknirschtheit für die sofortige Arbeitsaufnahme vor, ausgeführt, daß die Streikleitung nicht hat. Diese Abstimmung ließ der Vorsitzende des Verbandes, der auch Vorsitzender der Streikleitung war, vornehmen. Der Verband wollte vor Montag, dem dritten Streiktag, überhaupt die Aufnahme der Arbeit nicht empfehlen, bevor der ganze Tarif unterschrieben bewilligt sei.

Der Verband hatte aber auch keine Ursache, die Kollegen länger im Streik zu halten, nachdem sich — wie angegeben — die überlegende Mehrheit mit den Zugeständnissen zufrieden gab. Auerlich ist der Zentrumsführer darüber, daß es ihm trotz verweigerter Mitwirkung nicht gelungen ist, bei dieser einzigen Firma wenigstens Fuß zu fassen. Weiter gaulert der Verleumdungs- und Lügengenerator, daß die größte Zahl der Strohe'schen Kollegen wären wieder aus dem Verbandsgebiet ausgetreten. Gerade das Gegenteil ist Tatsache. Wir begreifen ja den Verrag des Zentrumsführers, dieses Auseinanderorganisierens, wenn für ihn der Waden abgerast ist. Vorläufig sind nur ganz verschwindend wenig Mitglieder abgetrennt, dagegen haben wir allmählich eine stattliche Anzahl Neuaufnahmen zu verzeichnen, so daß für dieses Zentralschicksal verbanden keine Kölner Transportarbeiter mehr übrig bleiben, außer einem Duzend Streikbrecher, die Verrat an ihrem eigenen Kollegen geübt haben — diese Adressen wollen wir gerne den Förderern des Streiks und Boykottbruchs mitteilen, solche Elemente gehören in die Zentrums-Gewerkschaften als gleiche Brüder mit gleichen Kappen.

Zum Schluß will uns der christliche Lügengenerator nichts Böses wünschen, da ihn sehr christlicher Standpunkt davon abhält. Wir verbleiben uns solche verflucht teuflischen Wünsche, die nichts anderes bezwecken sollen, als uns die Kollegen abzuwerben zu machen. Der gesunde Geist der Kölner Kollegen bürgt dafür, daß es bei dem jetzigen Zustande nicht allein bleibt, sondern noch bedeutend besser wird, trotz allem Verrag der Zentrumsbrüder.

Wenn es dann heißt, die christliche Gewerkschaft hätte ihre Mitglieder alljährlich verdoppelt, so erbitten wir uns einmal öffentliche Abrechnung über die Höhe der eingegangenen Gelder und über die Verwendung derselben, so wie es in unserer Organisation alljährlich geschieht. Mit den Rassenverhältnissen muß es bei den „Christen“ sehr, sehr faul stehen, denn wenn eine Zählstelle den Beschäftigten 5 Pf. pro Woche oder pro Monat 10 Pf. Extra-Zahlung zu ergeben, so schlägt der Zentralvorstand der lauter Freunde ein Duzend Purgelräume in der Gewerkschaftsstimme ein dreifaches „Brauo“ den edlen Spendern. Die Beisteile, recht viel Streikmarken zu verteilen, erscheint in jeder Nummer der christlichen Gewerkschaftsstimme ein Duzendmal, auch wenn nur ein paar Männchen ausfindig sind. Dabei geht man aber

beim Mitgliederfang immer mit niederen Beiträgen krehen, in Wirklichkeit wird schon heute derselbe Beitrag erhoben als bei uns. Und die Leistungen?

Na, lassen wir den Anspruch des Politikus und Zentrumsmanes Dr. S. gelten: „Sie lügen wie die Teufel und schwindeln aus Prinzip.“

Die Würde der Chemnitzer Straßenbahner in direkzioneller Beleuchtung.

Also sprach Herr Direktor Bleyberg: „Wir sind nun schon so viele Jahre mit einander ausgekommen und jetzt soll es nicht mehr gehen? Wählen Sie eine Kommission, die mag mir die Wünsche des Personals vortragen, aber treten Sie aus dem 111. Verbands aus, es ist doch unter aller Würde für einen Straßenbahner, in einem Verein gemeinlich mit Kutscher und Marktschreier zusammen zu sein. Der Verband hat noch nirgends etwas geschaffen, was bis zum 1. Juli nicht ausgetreten ist, wird entlassen.“

Fürwahr ein redliches Beginnen, daß da die Direktion unternehmen hat. Die Würde der Straßenbahner ist bis dato noch wenig beachtet worden, am allerwenigsten von der Direktion selber. Bisher bestanden der würdelosen Zustände gerade genug. Wir wollen hier gleich einige davon aufzählen.

Entspricht es etwa der Würde der Straßenbahner, daß ein Auszubildender und Knechtssystem besteht, wie es schlimmer in einer Elementarschule nicht sein kann? War bisher nicht immer der der beste Straßenbahner, der am besten schmunzelte, seine Kollegen am besten verlässlichen konnte? Ist es nicht ein würdeloser Zustand, daß der Straßenbahner Strafe auf Strafe erhält, die ihm sein so wie so langes Gehalt verringert? Ist es nicht würdelos, immer und immer gewährt zu sein, entlassen zu werden, immer einen Ritt vor den Wagen zu bekommen? Ja, ist es nicht würdelos, die Straßenbahner wie unreflektierte Leute zu behandeln, denen man vorschreibt, welchen Vereinen sie angehören dürfen, denen man ihre geistlichen Staatsbürgerrechte einfach hinwegzieht, sie für Staatsbürger zweiter Klasse erklärt? Ist es nicht würdelos, daß die Straßenbahner nicht öffentlich wie alle anderen Arbeiter ihre Gehalts- und Dienstverhältnisse gemeinlich besprechen dürfen? Würdelos war es ebenfalls auch, daß, wie vor kurzem es vorgekommen, drei Straßenbahner entlassen wurden, nur weil sie sich einmal besprechen wollten, wo ein „Auszubildender“ in der Gaststube eines Restaurants sich die Mühennummern aufschrieb, um diese nächsten Tages brüderlich der hiesigen Direktion zu übermitteln. Nicht würdig der Straßenbahner war es auch, daß man jetzt neuerdings wieder zur Entlassung greift, die Werkstättenarbeiter betraf, welche bereits länger als 4, 8 und 9 Jahre dort beschäftigt waren. Sie sehen, Herr Direktor Bleyberg, der Würdelosigkeit gibt es eine ganze Menge auszurollen.

Auch die Dienstverhältnisse lassen mehr als alles zu wünschen übrig.

Die Arbeitszeit der Schaffner und Wagenfahrer ist, wie es die Eigenart des Betriebes mit sich bringt, natürlich sehr verschieden. An einem Tage beginnt der Dienst früh in den ersten Stunden und endet erst in den späten Nachmittagsstunden, sogenannter geschlossener Dienst; am anderen Tage beginnt der Dienst früh, dauert bis gegen Mittag und beginnt dann wieder am Spätnachmittag, um erst abends zu enden, geteilter Dienst. Nach unseren Aufzeichnungen in zwei Fällen ergeben sich folgende Dienstzeiten: 1. Tag: geschlossener Dienst 10 Stunden, 2. Tag: geteilter Dienst 13 1/2 Stunden, 3. Tag: geschlossener Dienst 11 Stunden, 4. Tag: geteilter Dienst 11 1/2 Stunden, 5. Tag: geschlossener Dienst 9 1/2 Stunden, 6. Tag: frei, 1. Tag: geteilter Dienst 10 1/2 Stunden, 2. Tag: geschlossener Dienst 11 Stunden, 3. Tag: geteilter Dienst 11 1/2 Stunden, 4. Tag: geschlossener Dienst 11 1/2 Stunden, 5. Tag: geschlossener Dienst 10 1/2 Stunden, 6. Tag: frei.

Zum ersten Falle ergibt sich eine fünfstündige Arbeitszeit von 55 1/2 Stunden, im 2. Falle von 55 1/2 Stunden, im Durchschnitt pro Tag 11 Stunden. Bei dem geschlossenen Dienst gibt es von Beginn bis Ende keine Pausen, mit Ausnahme der kurzen Pausen an den Endstationen, die aber zum Eintragen der dienstlichen Aufzeichnungen und zur Herrichtung des Wagens für die neue Fahrt benutzt werden müssen. Dem Fahrpersonal bleibt also in diesem Falle zur Befriedigung ihrer lebenslichen Bedürfnisse so gut wie gar keine Zeit. Hat ein Wagen Verpöpfung, so wird die Pausen noch weiter verlängert. Verlängert wird der Dienst noch dadurch, daß das Fahrpersonal 1/4 Stunde vor Ausfahrt des Wagens im Depot sein muß und daß nach Einfahrt des Wagens noch eine längere Zeit beim Abrechnen usw. vergeht.

Wenn bei den angestellten Schaffnern der freie Tag auf einen Sonntag fällt, dann müssen sie Einschlagwagen fahren und es werden für diesen Dienst 5 Stunden gewöhnlicher Lohn vergütet, obgleich der Dienst manchmal viel länger, je nach Verkehr, dauert.

Die Reservefahrer haben nur alle zehn Tage frei. Sie müssen stets zur Verfügung stehen. Nur wenn sie frühmorgens den Arbeitern gefahren haben, können sie am Vormittag einige Stunden nach Hause gehen.

Die freien Tage muß der Angestellte oft noch verwenden zu Instruktionen usw.

Für die schweren, verantwortungsreichen und aufreißenden Dienst erhält der neu angestellte Arbeiter (Wagenbegleiter) monatlich 75 Mt. Ist der Wagenbegleiter Reservefahrer geworden, dann erhält er 78 Mt. Nach einem Jahre Reservefahrer wird er Wagenfahrer, und das Gehalt steigt auf 81 Mt., nach mehreren Jahren erreicht es die Höhe von 88 Mt., und nach 10jähriger Dienstzeit bekommt der Angestellte das horrende Gehalt von 100 Mt. Von diesem Gehalt müssen die Fahrer Handkaps, Ohrschützer, Westtische usw. selbst kaufen. Oft wird der Lohn durch Betriebsstörungen gestört, zu denen manchmal noch Pögelstrafen, a. W. wegen Uebertretung des Wagens, kommen. Und wie oft kommt es vor, daß während der Fahrt ein Fahrgast auf den bereits voll besetzten Wagen

auffpringt; der Schaffner, der im Innern des Wagens zu tun hat, kann dies gar nicht bemerken, und doch muß er die Strafe bezahlen.

Der Lohn des Werkstättenpersonals schwankt zwischen 27 und 40 Pf. pro Stunde. Einen festen Lohnsatz für diese Arbeiter gibt es nicht. Wenig werden die meisten Arbeiter zum Fahrten herangezogen. Die Arbeitszeit der Nachtarbeiter dauert von 8 Uhr abends bis 7 Uhr morgens, also ebenfalls 11 Stunden. Seit dem Eintritt des Betriebsleiters Müller sind nun dem Personal eine ganze Reihe früherer Vergünstigungen entzogen worden. So muß jetzt das Werkstättenpersonal die Frühstück- und Vesperpause durch die um eine halbe Stunde verlängerte Arbeitszeit wieder herausholen. Für die 6 Dienststunden des Werkstättenpersonals am Sonntag vormittag wurden früher 7 Stunden vergütet. Die 7. Stunde ist auch weggefallen.

Auch den fünf Mann, die den ganzen Sonntag Dienst haben, hat man eine Stunde Vergütung entzogen. Die Pfingstgratifikationen von 4 Mt. für die Schaffner und Wagenfahrer, welche dieselben für den Dienst an den Feiertagen erhielten, ist ebenfalls weggefallen. Diese Vergütung der Vergünstigungen ist es besonders gewesen, welche die Angestellten zur Organisation gebracht hat.

Mitglieder behaupten, derartige Zustände sehen einem „Spaßen auf Kosten der Arbeiter“ verdammt ähnlich. Vielleicht versucht Herr Betriebsleiter Müller derartige Reformen an seiner eigenen Person, dann wird er nicht nur die Ursache, sondern auch die Wirkung kennen lernen.

Das Arbeitsverhältnis bei der Straßenbahn ist also nicht zu rosig. Manches bleibt noch zu wünschen übrig. Besserung in den Arbeitsbedingungen kann aber nur eintreten, wenn die Straßenbahner sich mehr und mehr der Organisation anschließen. Nur wenn das Personal einig ist, wenn es solidarisch handelt, kann es die Direktion zwingen, Verbesserungen im Betriebe einzuführen.

Den Beweis dafür, daß nur durch die Organisation der Arbeiter etwas erzielt werden kann, hat die Direktion selbst am Dienstag gegeben. Am Dienstag morgen teilte der Direktor der Straßenbahn mit, daß ein Arbeiterauschuss von sechs Mann zu wählen sei, der die Wünsche und Beschwerden jede Woche bei der Direktion anzubringen habe. Weiter erhalten die Pfiffschaffner seit Dienstag 10 Pf. pro Tag mehr.

Hoffentlich wird das kein Arbeiterauschuss nach verführtem Muster, der wohl gewählt wird, der aber nichts setzen darf, dem man von vornherein den Maulkorb umhängt. Hoffentlich läßt die Direktion auch darüber mit sich reden, daß die Gehälter eine Verbesserung erfahren können. In Chemnitz kann man jetzt Tag für Tag in den Zeitungen lesen, daß diese und jene Artikel der Nahrungsmittelebranche teurer geworden, im Preise aufgeschlagen sind. Zuletzt haben die Fleischpreise eine Erhöhung um 10 Pf. pro Pfund erfahren. Wir halten es für einen unumgänglichen Zustand für die Straßenbahner, daß sie bei ihrem monatlichen Gehalt von 75 Mt. so gut wie kein Fleisch kaufen können. Hier tut eine Milderung dringend not, je schneller, je besser.

Deshalb, Straßenbahner, müßt Ihr Euch erst recht um Euren Verband scharen, nur dann wird es möglich, der Unwürdigkeiten ledig zu werden.

Straßenbahner, die ein Gehirn zum Denken und Augen zum sehen haben, kann es nicht schmer fallen, den richtigen Weg, den sie zu gehen haben, zu erkennen.

Alles durch die Organisation, durch unsern Zentralverband. Da gehört Ihr hinein.

Arbeiter-Aussperrungen im Bayerland.

In unserem sonst so gemüthlichen Bayernland spielt sich zur Zeit ein Kampf zwischen dem Verband bayerischer Metall-Industrieller und dem Deutschen Metallarbeiter-Verband ab, welcher verdient, auch von uns beachtet und genau verfolgt zu werden, denn mehr und mehr paßert es unseren in größeren Fabriken und Werken tätigen Berufs- Kollegen in ihrer Eigenschaft als Vater, Magazinarbeiter, Lagerhalter oder Rahmenfahrer, bei derartigen Gelegenheiten in Mitleidenhaft gezogen zu werden. Da die Lohn- und Arbeitsbedingungen für unsere Kollegen sich beinahe stets mit denen der übrigen Arbeiter in den größeren Establishments für die Metallindustrie decken, d. h. die gleichen sind, so steht es auch außer Zweifel, daß die Kollegen aus unserm Berufe eben auch die Forderungen an die Unternehmer aus den Kreisen der industriellen Arbeiter zu den übrigen machen.

Als am 1. Mai 1905 die Siemens-Schuckertwerke in Nürnberg ihren ca. 4000 Arbeitern und Arbeiterinnen, ohne es zum Streik kommen zu lassen, die Forderung auf Verlängerung der Arbeitszeit von 60 auf 67 Stunden und 10 pCt. Lohnerhöhung usw. bewilligte, da kam die Erzählung, die schon so lange unter den ca. 8000 Arbeitern der Maschinenbau-Anstalt Nürnberg, vorm. Klett & Co., vorhanden war, zum Durchbruch, und die Folge davon war, daß die Arbeiter desselben Establishments genau die von Siemens-Schuckert bewilligten Forderungen an die Direktion der Firma richteten. Trotzdem nun die Aktionäre und die Direktion von beiden Firmen nahezu dieselben Leute sind, ließ es die Maschinenbau-Anstalt Nürnberg zur Arbeits-einstellung (20. Mai) kommen. Die Direktion, an der Spitze der Oberkammerherrn Kneppel, ließ sich von ihren Wertmeistern über die wahren Verhältnisse der Arbeiter läuschen, und so kam es zum Streik. Herrn Kneppel kam dies sehr unlegen. Er suchte daher seinen Einfluß als Vorsteher der bayerischen Metallindustriellen dadurch zur Geltung zu bringen, daß den Industriellen in Nürnberg die Meldung zugeing, allen Arbeitern folgenden Ratens zur Unterdrückung vorzulegen:

Erklärung.

Ich Unterzeichneter erkläre hiermit, daß ich nicht Mitglied irgend einer Arbeiterorganisation bin und das Vorgehen der sogenannten Arbeiterführer auf das Schärfe verurteile, weil beide nur Unfrieden zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern sät und gleich schädliche Folgen für Industrie und Arbeiterschaft haben

Ich erkläre, daß ich weder streikende noch ausgesperrte Arbeiter mit Beiträgen unterstützen werde und genehmige ausdrücklich die Veröffentlichung dieser meiner Erklärung und Unterschrift.

In einem Zusatz bemerkte die Firma, daß die unterschriebenen Arbeiter „so weit als möglich“ weiter arbeiten dürfen, wenn aber deren Zahl zu gering sei, um einen geordneten Betrieb aufrecht zu erhalten, falle die Verantwortung für die Folgen auf die Organisation der Arbeiter zurück.

Die Abgabe der Unterschriften sollte bis Samstag Mittag 12 Uhr erfolgen, widrigenfalls die Aussperrung sofort in Kraft trete.

Die Arbeiter hielten am Freitag eine Sitzung ab, in der diese unerhörte Zumutung entrüstet und einstimmig zurückgewiesen wurde.

Von 2500 Arbeitern der in Betracht kommenden Betriebe haben nur 15 vollkräftige Personen und 78 Invalide oder Halbvalide unterzeichnet, und so erfolgte am 2. Juni die Aussperrung.

Da dieser Anschlag der Industriellen zunächst in München mißfiel, so soll am 10. Juni der Rest der noch in der Münchener Maschinenbau-Anstalt beschäftigten Arbeiter ausgesperrt werden und vom 17. Juni ab werden alle Mitglieder des bayerischen Metallindustriellen-Verbandes, in d. L. Siemens & Schuckert, ihre Betriebe sperren. Für Nürnberg allein kommen dabei ca. 10–12 000 Arbeiter in Betracht. Die Maschinenbau-Anstalt glaubte dann noch etwas extra leisten zu müssen und erließ unterm 7. Juni folgenden Anschlag:

„Die Direktion hat am 17. v. Mts. in dem durch circa 80 ältere Arbeiter verfassten Arbeiterauschuß erklärt: Weitere Zugeständnisse als die gemachten sind nach Lage der wirtschaftlichen Verhältnisse des Werkes nicht möglich.“

Die gezahlten Löhne sind bei kürzerer Arbeitszeit mindestens nicht niedriger als in den ungleich günstiger gelegenen Betrieben der Kohlen- und Eisenindustrie. Während der vier letzten überaus schlechten Geschäftsjahre haben wir eine weit über das erforderliche Maß hinausgehende Zahl älterer Arbeiter aus Rücksicht auf diese mit hohen Löhnen beschäftigt. Die errichtete Pensionskasse, die sich als äußerst segensreich erwies, legte uns außergewöhnlich hohe einmalige und jährlich sich wiederholende Ausgaben auf.

Trotzdem ist es einer gewissenlosen Hege und frivolen Agitation gelungen, am 20. Mai circa 1200 Mann zur Arbeitsniederlegung zu bringen. Man hat sich nicht gescheut, mit den ungläubigsten Mitteln auch ältere Arbeiter zur Aufgabe ihrer Pensionsrechte zu bewegen. Die Folgen werden sich erst später fühlbar machen und die Hege und Agitatoren mögen sich dann ihrer Schuld bewußt werden.

Den Betrieb haben wir seitdem unter der durch die Verhältnisse bedingten, allmählich weiteren Reduktion der Belegschaft weitergeführt. Nimmerehr sind wir an der Grenze des wirtschaftlich Zulässigen und müssen deshalb nächsten Samstag, den 10. v. Mts., abends, den Betrieb völlig schließen, was wir wegen der älteren Arbeiter und sonstigen Arbeitswilligen sehr bedauern.

Erfolgt später wieder eine Aufnahme des Vollbetriebes, so werden wir bei Wiedereneinstellungen, soweit diese möglich sind, jenen Arbeitern, welche bis einschließlich 10. v. Mts. in unseren Diensten waren und fünf Jahre Dienstzeit oder mehr haben, die früheren Dienstverhältnisse anerkennen. Auch bei den derzeit beschäftigten jüngeren Arbeitern kann dies von Fall zu Fall nach Vernehmen mit ihren Vorgesetzten gemindert werden.

Wenn durch die Schließung der Fabrik ältere Arbeiter und andere willige Arbeiter, die zur Fabrikleitung gehalten haben, infolge Einflusses des Verdienstes zu leiden haben, so muß dies den Arbeiterführern, die selbst der Arbeitertätigkeit meist recht ferne stehen, zur Last gelegt werden.

München, 7. Juni 1905.

Vereinigte Maschinenfabrik Augsburg und Maschinenbaugesellschaft Nürnberg, A.-G.
A. Kieppel.

Die Arbeiter Bayerns sehen der Entwicklung dieser Sache ruhig und gelassen entgegen, sie wissen sich einiger und besser gerüstet, als es das Unternehmertum glaubt. Veranlaßt doch ein solches Vorgehen der Unternehmer, daß sich in den betroffenen Städten München und Nürnberg beinahe tausende von Mitgliedern in die Berufsorganisation aufnehmen lassen und daß die Zersplitterung, die infolge der Streitigkeiten der verschiedenen Gewerkschaftsorganisationen mit den in ähnlichen oder ähnlichen Umständen stehenden Arbeitern stets vorhanden war, in eine Eingangs verwandelt wurde.

In der Unternehmerpresse sucht der Bayerische Metallindustriellen-Verband sein tyrannisches Vorgehen zu beschönigen, er klagt über den Terrorismus der Arbeiter, der Streikposten und der Organisation, tadelt die große Arbeiterfreundlichkeit der bayerischen Regierung, und um das Maß voll zu machen, läßt sich der Unternehmerverband noch über die Koalitionsfreiheit folgendermaßen aus: „Unbestritten soll das Recht der Arbeiter zur Koalition (streiken) — unbestritten muß aber auch bleiben das gleiche Recht der Arbeitgeber —, was dem einen recht ist, ist dem andern billig.“

Hört da nicht alle Gemütslichkeit auf!

Zun denn diese Unternehmer nicht, als ob die Arbeiter es fordern hätten, die Herren Kieppel, Buz, Ratgeber, Waffel, Kraus und Genossen sollen aus dem Bayerischen Metallindustriellen-Verband austreten? Davon war doch wirklich keine Rede in den Forderungen der Arbeiter. Im Gegenteil, Herr Direktor Kieppel ließ durch Herrn Belpart verkünden: „Wir kennen keine Streikende, sondern nur bei uns Beschäftigte und Entlassene!“

Nun, wir sind nach Lage der Dinge überzeugt, daß der Döckst dieser Herren diesmal vor dem Fall kommt. Die Arbeiterschaft im Allgemeinen erklärt sich mit den ausgesperrten solidarisch und Herr Kieppel und Genossen werden ein klägliches Fiasko machen.

Bei dieser geplanten Aussperrung kommen eine Reihe von Zentralverbänden der Arbeiter in die Lage, gemeinsam

Sache zu machen. Auch von unseren Mitgliedern sind eine hübsche Anzahl davon betroffen. Bei dieser Gelegenheit sei gleich erwähnt, daß vor der Bewegung in den Siemens-Schuckert-Werken sich so mancher Kollege noch schnell zum Verband aufnehmen ließ, um bei eventuellem Streik eine Unterschlüpfung zu erhalten. Als es aber nicht zum Streik kam und die Forderungen auf gutlichem Wege bewilligt waren, da glaubte ein erheblicher Teil dieser Berufscollegen, jetzt dem Verband wieder den Rücken kehren zu müssen — aus Dankbarkeit? Nun sehen diese Leute aber, was von den Versprechungen der Unternehmer zu halten ist und wären daher bei der gegenwärtigen kritischen Zeit wieder froh, ihrem Verband anzugehören. Diese Trümmern und Verräter an der Arbeiterschaft mögen sich nun befehlen, den vorgelegten Beweis zu unterschreiben, sie mögen sich befehlen, das schriftlich zu bestätigen, was sie sind. Im Verband ist kein Platz für solche Leute.

Alle Sanabels- und Transportarbeiter müssen dieses frivole Vorgehen einer Hand voll Industrieller ebenso beantworten wie die Metallarbeiter und sich samt und sonders unsern Verbänden anschließen. Dadurch wird dem Metallindustriellen-Verband die Lust für weitere Attentate auf die Koalitionsfreiheit der Arbeiter vergehen.

Aus unserem Beruf.

Arbeiterinnen.

Berlin. Eine zahlreich besuchte Versammlung der Zeitungsfrauen aus den Parteifunktionären fand am 7. Mai im Gewerkschaftshause statt. Zunächst erstattete ein Kollege den Bericht über die mit den Parteifunktionären stattgehabte Verhandlung. Derselbe führte aus, daß sich die in Betracht kommenden Funktionäre einig geworden seien, für sämtliche Expeditionen Berlins und Umgegend einen einheitlichen Lohnsatz von 21 M. einzuführen. Für persönl. erscheinende Zeitchriften wird pro Exemplar 1 M. bezahlt, für alle übrigen 2 M., Kranken- und Invalidentät befreit die Expedition ganz. Ebenso sollen die Frauen gegen Unfall versichert werden. Redner ist der Meinung, daß, wenn auch keine direkte Lohn-erhöhung eingetreten sei, so ist doch dem Wunsch der Arbeiterinnen insofern Rechnung getragen, daß eine einheitliche Lohnzahlung stattfindet. Im übrigen biete auch die Versicherung gegen Unfall einen nicht zu unterschätzenden Wert. Es sei zu empfehlen, daß sich die Kolleginnen mit dem zufrieden geben und auch in Zukunft mehr als bis dato zur Organisation halten. Die hierauf stattgefundene Diskussion war eine ziemlich lebhaft und wurde von verschiedenen Seiten der Verurteilung Ausdruck gegeben, daß nicht eine kleine Verbesserung der Löhne vorgenommen worden sei. Die Kolleginnen aus der Expedition Schöneberg bewußten sich darüber, daß ihnen der bereits gewährte Urlaub wieder entzogen werden soll. Frau Schneyer empfahl, die Bedingungen vorläufig anzunehmen und dafür zu sorgen, daß über kurz oder lang die Kolleginnen aus sämtlichen Expeditionen dem Verbande beitreten. Nach mehrmaliger Abstimmung wurden die Bedingungen mit knapper Majorität angenommen. Es erfolgte sodann eine kurze Besprechung des Antrages Rowlalski beßgl. Gründung einer Sektion. Gemüht wurden sodann als Sektionsleiterin Frau Jung, Stellvertreterin Frau Rowlalski, Schriftführerin Frau Wänke und Frau Schneyer und Paul Heinsch als Beisitzer. Mit einem kurzen Appell an die Anwesenden, die neue Sektion tüchtig auszubauen, schloß die Vorsitzende die Versammlung.

Berlin. Die Arbeiterinnen und Arbeiter der Firma Schmetz hielten am 30. Mai eine mächtig besuchte Betriebsversammlung im Gewerkschaftshause ab. Ein Kollege referierte über das Thema: „Die beste Waffe im Kampf ums Dasein“. Redner führte aus, daß den Arbeitern weiter nichts bleibe im Kampf ums Dasein, als zu verkaufen, seine Arbeitskraft so teuer als möglich zu verkaufen. Da aber das Angebot von Arbeitskräften riesig groß sei, so sei der Einzelne immer machtlos. Daher sei auch für das Proletariat die beste Waffe im Kampf ums Dasein die Organisation. Bei den Arbeiterinnen sei dies umso mehr der Fall, als diesen von Geheltes wegen überhaupt nur das eine Recht, nämlich das Koalitionsrecht, offen bleibe. Nach einer kurzen Diskussion, an der sich die Kolleginnen mit treffenden Ausführungen beteiligten, fand Schluß der Versammlung statt.

Bierfahrer.

Weiskensfeld. Eine öffentliche Versammlung aller in Brauerien und Biernebelagen beschäftigten Brauerarbeitern und Bierfahrer nahm Stellung zur Einreichung eines Lohnantrages. Ein Kollege aus Halle wies durch Beispiele nach, wie es in anderen Städten der Organisation gelungen ist, mit den Brauereien sowie Niederlagen Tarife abzuschließen. Bedauerlich allerdings sei es, daß ein Teil der Kollegen es nicht für notwendig erachte, der Organisation beizutreten. Lebhafte Bedauern wurde ausgesprochen, daß von selten der Mitglieder des Brauerarbeiters-Verbandes in der Brauerei Lorenz, wo nur zwei Brauerarbeitern dem Brauerverband, sechs jedoch dem Transportarbeiterverband angehören, ein Lohnantrag eingereicht worden ist, ohne daß dem Transportarbeiterverband zuvor davon Kenntnis gegeben wurde. Nachdem Kollege Bohl hiervon erfahren hatte, wandte er sich an Wöhrer. Dieser fragte sofort telefonisch bei dem Bevollmächtigten der Brauerei in Halle an, wie das selbständige Vorgehen zu rechtfertigen wäre, da sich die Forderungen auch auf unsere Mitglieder erstreckten. Es wurde vereinbart, daß von unserer Seite gleichfalls ein Tarif eingereicht wurde, so dann aber zusammen zu verhandeln wäre, was geschehen wird. Die Brauerleitung ist damit auch zufrieden. An der sehr erregten Diskussion beteiligten sich die anwesenden Genossen Stöckel und Bär aus Leipzig sowie Gebel aus Halle. Besprochen wurde, daß die Verhandlungen mit der Brauerleitung von der Brauerei Lorenz gemeinschaftlich zu führen sind, mit der Einreichung der Tarife bei den anderen Brauereien aber bis zum Abschluß obigen Tarifes zu warten ist.

Droschkentischer.

Die der Größe die kleinen freist. In Berlin ist eine „Welt omobil-Droschen-Mietgesellschaft“ mit einem Kapital von 1½ Millionen Mark gegründet worden. Vorstehender des Ausschusses ist der bekannte Finanzier der Berliner Omnibusgesellschaft Banker Neuenburger, Direktoren die Herren Schreiber und Franke. Das ist der Anfang vom Ende der Berliner Droschkentischer-Jobbs und des historischen Droschkenkaules. Die Symphonie der Abschlagungskonturrenz beginnt, nur ein kleines Weltchen und sie wird auch schon ausgespielt sein.

Fensterputzer.

Essen. Was die Organisation für Ruhe bringt, zeigt wieder einmal folgender Fall. Die Firma „Glaserreinigungsinstitut Germania“, Inh. Herr Heint. Wesselmann wollte ihre Putzer zwingen, am Donnerstag, den 1. Juni (Himmelfahrt) zu arbeiten. Bekanntlich stehen Fensterputzer hier im Wochenlohn, folglich werden Feiertage bezahlt. Eines guten Tages trat Herr Wesselmann an seine Putzer heran und gab ihnen kurz und bündig zu verstehen, Himmelfahrt wird gearbeitet, wer arbeitet, bekommt den Feiertag bezahlt, wer nicht arbeitet, bekommt auch den Feiertag nicht bezahlt. Wie wohl bekannt ist, müssen die Fensterputzer den Feiertag mit rausarbeiten, damit der Unternehmer nur seinen Schaden dadurch erleidet, denn die Herren wissen sehr gut, sich ihre Haut zu schützen. Der Fall war nämlich folgender: Herr Wesselmann hatte das Fensterreinigen der mechanischen Werkstatt Nr. 8 der Krupp'schen Aufschliffabrik übernommen, bekam für das Areal 2 Pfennig, stellte seine Putzer daran und bezahlte für das Areal 1 Pfennig. Die Putzer hielten aber diese Arbeit keine rechte Leberarbeit und waren in dem guten Glauben, an derselben einen anständigen Großen Geld zu verdienen, wandten auch ihr ganzes Können an, kamen aber kaum auf ihren sonstigen Lohn, dabei hatten die Betroffenen ihre Pausen nicht einmal richtig innehalten können, obendrein aber noch bis 8 Uhr abends gearbeitet. Kurz und gut, Herr Wesselmann hatte keinen Putzer mehr, der große Lust zeigte, diese Arbeit zu machen. Das sah Herr Wesselmann auch schließlich ein und legte noch einen halben Pfennig zu, so daß es jetzt 1½ Pf. für das Areal ausfiel. Trotz alledem bekam er keinen Putzer dazu, weil auch hierbei noch nichts zu verdienen war. Die Arbeit im Lohn machen zu lassen, dazu konnte sich unser Herr Unternehmer nicht entschließen, da könnte vielleicht sein Beuteleben nicht gespielt werden. Als Herr Wesselmann jetzt sah, daß auch sein Vorschlag nichts nützte, wandte er einen Gewaltakt an und drohte damit, den Feiertag in Abzug zu bringen, für diejenigen Putzer, welche am Himmelfahrtstage nicht an die Arbeit wären. Dieser Fall kam in der Mitglieder-versammlung am Mittwoch, den 24. Mai zur Sprache und es wurden sofort Schritte eingeleitet, um Herrn Wesselmann die Spitze zu bieten.

Es wurde sofort eine Liste aufgestellt, in der sich sämtliche Kollegen durch Unterschrift verpflichteten, nur unter der Bedingung zu arbeiten, wenn für das Areal zwei Pfennig und der Feiertag bezahlt wird, widrigenfalls keine Hand anzulegen. Außerdem beehrte ein Artikel in der Arbeiterzeitung Herrn Wesselmann über den betreffenden Paragraphen der Gewerbeordnung betr. Sonntagsarbeit. Wie gesagt, Herr Wesselmann sah wohl ein, daß er es mit organisierten Arbeitern zu tun hätte, es half weiter nichts, als die Arbeit auf die Art ausführen zu lassen, wie sie ihm von der Sektion vorgeschlagen wurde, worauf er dann auch eingehen mußte.

Also Kollegen, hinet in den Verband, dann könnt ihr ein Wortlein mitreden, denn ohne Organisation spielen die Unternehmer nur Versuchungsaufgaben mit euch.

Hannover. Zum 27. v. Mts. abends 8½ Uhr hatte unsere hiesige Sektionsleitung eine öffentliche Fensterputzer-Versammlung einberufen, um unseren Berufsfragen einmal einer notwendigen Kritik zu unterziehen. Aber sonderbar, waren zu früheren einfachen Besprechungen die Kollegen zahlreich gekommen, zu dieser öffentlichen Versammlung waren um 9 Uhr ganze 6 Mann anwesend, so daß sich die Sektion veranlaßt sah, die Freiheit des übernehmenden Schutzmans nicht länger zu kürzen und ihn heimisch zu machen, da aus der Versammlung nichts wurde. Die Kollegen blieben noch bei einem Glase Bier belagern und ließe da, um ¼ 10, um ¼ 10 Uhr, da kamen sie an und wollten die öffentliche Versammlung besuchen. Nun, diese fand ja nicht statt, aber in der abgehaltenen Besprechung wurde von den anwesenden manches erwähnt, was wohl dem Ganzen zu Nutz und Frommen dienen kann. Es wurde sowohl das Verhalten verschiedener Unternehmer in moralischer wie in pekuniärer Hinsicht eingehend beleuchtet und dabei recht eigenartige Zustände geschildert, wie auch den Kollegen die Wahrheit nicht vorenthalten in Bezug auf Verbandszugehörigkeit und pünktlichem Verbandsbeitrag. Die Mitgliedschaft der Kollegen zur Organisation, ohne daß dieselben die betr. Versammlungen besuchen, wurde treffend verglichen mit einem Haufen zügel- und führerloser Sklaven, die wohl einem starken Herrn und Geblüte etwas abringen wollen, aber durch die mangelnde Schulung und Führerschaft nicht nur das Geforderte nicht erreichen, sondern unter Umständen noch schlechtere Zustände herbeiführen, wie vor dem Kampfe vorhanden waren. Gerade in den Versammlungen müssen die organisierten Arbeiter lernen und beraten, wie sie zu kämpfen haben, gerade dort wird allen das klar gelegt, was im Falle der Gefahr zu geschehen hat, wann und welche Forderungen aufgestellt werden können, wo und wie viel. Streikposten auszustellen sind, wie das Verhalten Streikender zu sein hat usw., es gibt da Lausendfaches, was in den Versammlungen ein dankbares und interessantes Thema bildet. Die Versammlungen bilden die Vorstufe für den Kampf und wehe der Sektion, die ohne genügende Disziplin und Kenntnis der Sachlage sich mit dem Gegner Kapitalismus in ein Messen der Kräfte einläßt, für sie ist der Erfolg schon von vornherein ausichtslos und fast lediglich nur deshalb, weil die Kämpfer, gleichgültig, ob Angefeuert oder Verteiligt, nicht geschult sind, nicht die Versammlungen besucht haben. Die modernen Kämpfe beweisen stets, daß ein Kampf für diejenige Partei am aussichtsreichsten ist,

die neben tüchtiger Führung über die größere Macht verfügt. Wissen ist Macht! sagt ein altes Wort und die Wahrheit besessen muß jedem modernen Proletarier, der seiner gewerkschaftlichen Organisation nützen will, in Fleisch und Blut übergehen. Ein Verbandskollege, der seine Beiträge bezahlt und nie denkt, in eine Versammlung zu gehen, ist nicht viel mehr wert, wie ein Unorganisirter, da nur durch das Zusammenwirken aller Kräfte Siege errungen werden können.

Hoffentlich merken unsere Kollegen Fensterputzer sich dieses und folgen von jetzt ab dem Rufe nach Versammlungen, zum Wohle jedes Einzelnen wie der Gesamtheit!

Handelsarbeiter.

Stuttgart. Nachdem unsere Verwaltungsstelle in je eine Sektion der Handelskassensarbeiter, der Fuhrleute und der Möbeltransporteure eingeteilt wurde, finden selbstverständlich auch die Versammlungen, mit Ausnahme der Vierteljahres-Generalsammlung getrennt statt. Es ist deshalb höchst notwendig, daß sich die Kollegen mehr wie bisher an den Versammlungen beteiligen, damit wir, wie bisher, auch weiter vorwärts kommen. Während die Versammlungen der Fuhrleute und der Möbeltransporteure wie bisher am Sonntag resp. ersten Montag im Monat im Gewerkschaftshaus stattfinden, befindet sich das Lokal der Handelskassensarbeiter in dem Restaurant „zum eisernen Kreuz“, Roßbühlstraße. Die regelmäßige Versammlung ist am ersten Samstag im Monat, Eingang zum Gewerkschaftshaus, von der Weinstraße aus. Jedes Mitglied soll sich bemühen, daß es nicht nur einer gelegentlichen Unterstützung wegen beim Verbands ist, sondern jeder hat die Verpflichtung, mitzuraten und mitzuarbeiten.

Leitergerüstarbeiter.

Berlin. Die Leitergerüstbauer treffen am Sonntag, den 28. Mai, eine sehr gut besuchte Versammlung ab. Stellige Teilnahme hielt einen mit Beifall aufgenommenen Vortrag über „Kapitalismus und Sozialismus“. Hieraus wurde der Antrag betreffs Uebertritt zum Bauarbeiterverband, welcher von der Frankfurter Generalversammlung angenommen worden ist, lebhaft diskutiert und nachstehende Resolution einstimmig angenommen:

„Die heute im Englischen Garten tagende, zahlreiche besuchte Versammlung der Leitergerüstbauer erklärt, daß der Bauarbeiterverband nicht die Organisation ist, welche für den Leitergerüstarbeiter als Berufsorganisation in Betracht kommen kann. Die Versammlung ist der Meinung, daß die beruflichen Verhältnisse der Leitergerüstarbeiter Berlins und Umgegend es bedingen, im Zentralverband der Handels- und Transportarbeiter zu bleiben. Insbesondere weisen wir darauf hin, daß fast alle Leitergerüstarbeiter mehrere Monate im Jahre als Kohlenarbeiter, Hausdiener u. a. als Handels- und Transportarbeiter beschäftigt sind. Es würde bei den Berliner Leitergerüstarbeitern zur Folge haben, daß dieselben zur Hälfte des Jahres dem Verband der Handels- und Transportarbeiter, sowie dem Bauarbeiterverband angehören müßten. Diese fortwährenden Umschreibungen würden für beide Verbände unnötige Scherereien zur Folge haben. Es würden hierdurch Schwierigkeiten, sowie Zersplitterung unter den zurzeit ca. 80 pCt. organisierten Leitergerüstarbeitern entstehen, welche keineswegs im Interesse der modernen Arbeiterbewegung liegen können. Die Versammlung erwartet, daß der Zentralverband, bevor derselbe gemäß dem Beschluß der Frankfurter Generalversammlung handelt, vorher der Sektionsstellung unter Eingliederung der Berliner Ortsverwaltung Gelegenheit gibt, mit ihm neue Verhandlung zu pflegen. In einer späteren Versammlung soll dann über diese Verhandlung mit dem Zentralverband Bericht erstattet werden.“

Diese Resolution wurde einstimmig angenommen. Kollege Winkler nahm nun das Wort zur Abrechnungsfrage der Sammelkassen für die beteiligten Kollegen. Die übrigen Mitglieder der Sektionsleitung, Stander und Hensel, sowie der Kollege Schmidt von der Ortsverwaltung wurden als Revisoren hinzugezogen. Abrechnung für Schema ergab 88,45 M.

Auf Antrag wurde beschlossen, den Kollegen, welche am 1. Mai gearbeitet haben, eine scharfe Rüge zu erteilen. Mahnungen zu befristeten waren zumal nach dem sechsteiligen Tarif feierlich. Womit wurde noch, daß bei der Firma Krüder u. Co. gearbeitet worden ist, nachdem der Inhaber derselben 25 pCt. bewilligt habe.

Nachdem noch einige interne Angelegenheiten erledigt wurden, schloß der Sektionsleiter die sehr gut besuchte Versammlung.

Straßenbahner.

Dortmund. Die Lohnbewegung der Straßenbahner in Dortmund hat ein eigenartiges Ergebnis gehabt. Die Direktion der Straßenbahn hat sich bereit erklärt, hinsichtlich der Lohnfrage den Angestellten entgegen zu kommen. Danach beträgt das Anfangsgehalt 90 Mark, steigt nach 6 Monaten auf 95 Mark und nach Ablauf eines Jahres auf 100 Mark. Nach fünf vollen Dienstjahren gibt es 105 Mark und nach 10 Jahren 110 Mark Lohn. Bis jetzt betrug das Anfangsgehalt 85 Mark, stieg nach 6 Monaten auf 90 Mark, nach 6 Monaten auf 95 Mark und nach Ablauf eines Jahres ebenfalls 100 Mark. Von der Erhöhung des Anfangsgehalts haben nur die neu Angestellten für die ersten drei Monate einen Nutzen von je 5 Mark, für die anderen Mannschaften bis zum Dienstalter von fünf Jahren bleibt alles beim alten. Der weitaus größte Teil geht also leer aus, denn die Mannschaften mit 5 und 10 Dienstjahren sind sehr spärlich vertreten.

Durch einen zweiten Vorschlag werden aber alle die Mannschaften, welche die „angereichten“ Lohnforderungen unterschrieben hatten, aufgefordert, bis zum 31. Mai, abends, einen Revers zu unterschreiben, laut welchem sie sich verpflichten, an keinem Streik teilzunehmen und der christlichen Gewerkschaft nicht anzugehören resp. aus derselben auszutreten. Von denjenigen, welche bis zum genannten Termin ihre Unterschrift nicht geleistet haben, wird angenommen, daß sie ihr Dienstverhältnis lösen wollen. Es bleibt nun abzuwarten, was die Christ-

lichen zu diesem brutalen Angriff auf das Koalitionsrecht tun werden. Nach allem was man bisher von jener Seite gemerkt ist, kann als sicher angenommen werden, daß die christlichen Straßenbahner zusehen werden.

Transportarbeiter.

Was die deutsche Fuhrherrenzeitung nicht unbillig findet. In einer Erörterung eines neueren Reichsgerichtsurteils, die Haftpflicht betreffend, schreibt genanntes Blatt:

„Es ist aber auch nicht einzusehen, warum man sich nicht aus seinen Dienstboten gegenüber wehren sollte. Der Dienstherr, der Kutscher, wissen, welche Gefahr in solchen Diensten ihnen droht, und sie übernehmen den Dienst doch. Es ist unseres Erachtens durchaus nicht unbillig, ihnen zugumuten, auf Schadenersatz aus der für den Dienstherrn offenbar sehr harten Vorschrift des § 893 Bürgerlichen Gesetzbuchs zu verzichten.“

Das ist grundschlecht, gemeinste aber echte Unternehmerrhetorik. Nicht zum Vergnügen nehmen „Dienstleute“ und Kutscher eine Arbeit an, bei der sie stündlich Gefährdung und Leben riskieren, sondern weil sie sich als Bestloste durch ihrer Hände Arbeit ernähren müssen, weil ihre Arbeitskraft ihr einziges einträgliches Kapital ist. Es ist also nach der Anschauung der „Fuhrherren-Zeitung“ für den Arbeitnehmer weniger hart, seine Gesundheit und sein Leben zu opfern für die Arbeiterfamilie, den Ernährer zu verlieren, als es hart ist für den reichen Fuhrherrn, wenn er einige lumpige Reichsmark Haftpflichtversicherung bezahlen soll. Wäre eine so niedrige Gefährdung, eine solche „Moral“ ist ein Standal und gehört an den Pranger der Öffentlichkeit. Ist denn bei gewissen Menschen wirklich schon alle Scham zu den Hunden geflohen?

Sechs Uhr-Bahnstich für Berlin in Sicht! Durch die Tagespresse geht folgende Note:

Eine Ueberbrückung für Handel und Spedition wird von der Eisenbahndirektion Berlin geplant. Es besteht nämlich in Berlin allen Erstes die Absicht, die Annahme von Gütern auf den Bahnhöfen, die bisher bis um sieben Uhr abends erfolgen konnte, in Zukunft nur noch bis um sechs Uhr abends zu gestatten. Die Ausführung dieses Planes würde unbedingt in zweiten Kreisen als Verstoß gegen den Empfinden und auf begründeten Widerspruch bei den von dieser Maßregel Betroffenen führen.

Wie der Widerspruch begründet wird, ist uns bekannt: Mit allen längst abgetanen Kamellen. Das Interesse des Handels wird überall dort vorgebracht, wo der Rummel der Eisenbahn auf dem Bahnhöfen, die bisher bis um sieben Uhr abends erfolgen konnte, in Zukunft nur noch bis um sechs Uhr abends zu gestatten. Die Ausführung dieses Planes würde unbedingt in zweiten Kreisen als Verstoß gegen den Empfinden und auf begründeten Widerspruch bei den von dieser Maßregel Betroffenen führen.

Elberfeld. Einen schönen Erfolg hat die hiesige Sektion der Brotfabriker durch ihre Tätigkeit zum Verbands errungen. Die Kollegen traten Anfangs Mai in eine Lohnbewegung ein. Die hiesigen Fabrikanten, welche alle dem Berg-Mark-Brotfabrikanten-Verbande angehören, hatten in ihren Abmachungen einen Passus folgendermaßen angenommen: Wenn ein Kutscher seine Stellung kündigt oder entlassen wird, so darf keine Firma, welche dem Fabrikantenverbande angehört, den betreffenden innerhalb von 2 Jahren wieder einstellen, ohne eine Konventionalstrafe von 500 M. zu zahlen. Es wurden also die Kutscher 2 Jahre drohten gemacht oder sie waren gezwungen umzusitzen und sich einen anderen Beruf zu suchen. Nachdem die Mehrzahl der Kutscher sich Ende vorigen Jahres unserem Verbande angeschlossen, wurde in mehreren Versammlungen zu diesem Punkt Stellung genommen und beschlossen, an die Unternehmer heranzutreten, betreffs Aufhebung dieses Passus. Ein Schreiben unseres Verbandes an den Vorstehenden wurde sofort höflichst wieder beantwortet, mit dem Bemerkten, man würde sofort eine Versammlung einberufen und zu unseren Forderungen Stellung nehmen, sowie den gefassten Beschluß uns umgehend mitteilen. Nachdem in verschiedenen Auseinandersetzungen keine Einigung erzielt werden konnte, wurde eine Kommission von 5 Kollegen der verschiedenen Firmen gewählt, welche mit der Kommission der Fabrikanten verhandeln sollte. In der Sitzung vom 8. d. M. kam denn auch die Einigung zustande, indem der Vorstehende des Fabrikantenverbandes, Herr M., erklärte, daß dieser Passus, betreffs Ausweisung, voll und ganz aufgehoben sei.

Es ist also in Zukunft jedem Kutscher freigestellt, aufzutreten und anzufangen wo er will. Hiermit erklärten sich auch die Mehrzahl der Kollegen einverstanden, so daß die Bewegung ohne zum Streit zu greifen durchgeführt wurde. Offenlich wird dies die Kollegen noch immer mehr anspornen, für die Organisation einzutreten und auch weiteren, sämtliche Kollegen dem Verbande zuzuführen, damit man endlich auch mal mit den anderen Mitständen, welche noch genügend vorhanden sind, aufkommen kann. Den Kollegen selbst aber rufen wir zu: Halte fest und treu zur Organisation, denn nur durch die Organisation und Einigkeit kommt ihr Mißstände beseitigen, sowie bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen erringen.

Stuttgart. Staatliche Beamte als Handlanger bei einer Lohnbewegung. Wie bei einer Lohnbewegung neben der Polizei auch der Staat repräsentiert werden im Interesse der prologischen Kapitalisten tätig sind, zeigt deutlich das Vorgehen zweier hiesiger Eisenbahnbeamten. Im September vergangenen Jahres brach bekanntlich bei dem Rgl. Württemberg. Hofpostleutnant Paul von Maur ein Streik aus, der durch teilweise Bewilligung der Forderungen nach 1/2 tägiger Dauer wieder beigelegt wurde. Damals wurde der Bevollmächtigte zum Präsidenten der württemberg. Staatsbahnen, Herr Staatsrat von Balg, gerufen, der nach Androhung des Sachverhalts erklärte, daß der Lohn, wie ihn P. von Maur bezahle, allerdings zu gering sei. Ihm ist es okkultur auch zuzuschreiben, daß der zugewandte Oberlehrer ein Jungelandsmann machte. Fünf Monate später setzte dieser selbe Obermann einen seiner besten

Arbeiter auf die Straße, weil sich derselbe dazu herbeiließ, einem Ruf der Regierung zu folgen und vor dem Reichsstaatsfiskus Amt die Wahrheit zu sagen. Später mag dem Herrn seine Tat, die er vom stützlichen Standpunkte aus nicht rechtfertigen kann, gereut haben, denn als man ihn zur Rechenschaft zog, da gab er an, er habe den Fuhrmann eigentlich entlassen, weil er seine Nebentätigkeiten zum Beitritt in die Organisation veranlaßte. Hat Herr Paul von Maur daselbst nicht auch getan? Herr von M. soll sich bei Motivierung wegen der Entlassung ungeschickt ausgedrückt haben! — Da ist Herr Karl von Maur doch ehrlicher, welcher sagte: „Wenn ich den G. entlassen hätte, dann hätte ich ihn rund herausgesagt: es geschieht wegen Ihrer Agitation.“ Das ist wenigstens offen, ehrlich, aber vom stützlichen Standpunkte aus gleichfalls verwerflich, denn warum soll der freie Arbeiter gequält sein, das zu tun, was sein eigener Prinzipal auch tut, die Vereinigung der Klassenkassen zu fördern. Doch dies nur nebenbei.

Bei jenem ersten Streik hat sich also die Bahnbehörde ziemlich passiv verhalten, den Streikenden wurde von keinem Inspektor etwas in den Weg gelegt, es ging auch die Inspektoren garnichts an. Anders im März. Die Firma Paul von Maur wurde unter unseren Willen in den Streik gezogen. Nach vier Tage vor dem Streik machten wir vor dem Einigungsamt den Vorschlag, diese Firma auszuscheiden, was jedoch die Vertreter des Unternehmerverbandes nicht zugeben. Dann trat der Inspektor Räumler in Aktion, ein staatlich angestellter Eisenbahnbeamter. Dieser machte den Fuhrleuten P. von Maur vor, daß seiner mehr für die Güterbestätterei fahren dürfe, der sich den Streikenden anschließen. Leider fielen eine ganze Anzahl Fuhrleute auf diesen Trick herein, der Streik war also ungünstig beeinflusst. Die Fuhrleute der Expressgüterbestätterei streikten am Montag sämtlich. Da wurden sie vor dem Finanzrat Mische, ein staatlich angestellter Eisenbahnbeamter, geladen. Dort wurde ihnen gesagt: „Herr Briem zählt auch 19 M. Mindestlohn, damit könnt ihr zufrieden sein.“ — Wer bis 10 Uhr früh nicht anfängt, darf in der Expressgüterbestätterei nicht mehr fahren.“ Die Leute begaben sich daraufhin zu ihrem Arbeitgeber, dem jedoch seine Zusage von 19 Mark, die er dem Finanzrat gegenüber gemacht hatte, wieder reute. Er bot den Fuhrleuten 18,50 M., auf welches Angebot diese schließlich eingingen, da sie ja sonst überhaupt nicht mehr fahren dürften.“ Das war am Dienstag und am Samstag zahlte derselbe Herr Briem — auch ein Ehrenmann — der beim Finanzrat Mische 19 M. verspricht, ganze 18 M. aus. Gewiß nobel?

Wegen dem völlig ungefehligen Vorgehen der beiden Beamten wurde bei dem Präsidenten unserer Sektion die Anfrage gestellt, ob er Kenntnis von der Tätigkeit dieser beiden habe und welche Maßnahmen zur Verhütung ähnlicher Vorkommnisse er zu nehmen gedenke. Die Antwort lautete, daß er keine Veranlassung habe, gegen die beiden Beamten vorzugehen oder eine sonstige Verweisung zu erteilen. Der Präsident der württembergischen Bahnen stellt sich also auf dem Standpunkt der beiden Beamten, seiner Untergebenen. Um diesen Standpunkt aus offentlich zu präzisieren, übergeben wir dem Genossen Landtagsabgeordneten Silberbrand das gesamte Material, damit er es gelegentlich der Beratung des Eisenbahnnetzes im Landtage vorbringe. Die Beratung ist vorüber, unsere Angelegenheit wurde nicht vorgebracht. Genosse Silberbrand begab sich einige Tage nach dem Empfang des Materials zu den Reichstagsverhandlungen nach Berlin. Nun hätte er vorher die Sache einem anderen Genossen im Landtag übertragen können und wir hätten Klarheit, ob ein Staatsbeamter wirklich das Recht haben soll, den Angestellten von Privatunternehmern Vorschriften zu machen, wie wir es oben gezeigt haben.

Wir glauben ja nicht, daß die Beamten vielleicht von dem Vorhaben des Unternehmerverbandes, Herrn P. v. Maur, zu ihrem Vorgehen veranlaßt wurden, aber jedenfalls ist es typisch. Es zeigt, wie bei einem Lohnkampf immer die Beschäftigten zusammen arbeiten, wie dem Kapital nicht nur die Mittel, sondern auch Staatsbeamte dienstbar sind.

Öffentliche und

Mitglieder-Versammlungen.

Bielefeld, 30. Mai. In einer öffentlichen Versammlung der Handels-, Transport- und Vertriebsarbeiter referierte ein Kollege aus Hamburg über: „Die beste Waffe im Kampfe ums Dasein.“ Der Referent führte aus, die Arbeiter dieses Berufes, die lange unter dem Druck der Gefährdung gestanden, seien zum Klassenbewußtsein erwacht. Man habe erkannt, daß der Wert der Arbeit bestimmt werde durch Angebot und Nachfrage. Daß die Berufsverhältnisse äußerst schlechte sind, sei durch die Erhebungen der Regierung, aber besonders durch Erhebungen der Berufsorganisation, deren Resultat den maßgebenden Parteien des Reichstags übermittelt worden sei, festgestellt worden. Die Fragebogen der Regierung seien unpraktisch, mehrfach von den Unternehmern nach Weisungen der Angestellten beantwortet worden und dennoch hätten auch die Regierungserhebungen ein tieftrauriges Bild ergeben. Die Folge der langen Arbeitszeit sei eine hohe Unfallziffer im Fuhr- und Transportgewerbe, die des Nachmittags bedeutend höher als am Vormittag sei, ihren Höhepunkt aber wegen der Ueberarbeit während der letzten Tage der Woche erreiche. Die Regierung habe sich an die Berufsorganisation gewandt zwecks Mithilfe bei weiteren Erhebungen. Lange Arbeitszeit, infolge geringer Entlohnung zu wenig Ersatz für den Kräfteverbrauch, habe dazu beigetragen, daß das Durchschnittsalter sehr niedrig sei. Die Berufsorganisation müßten sich von den Klimbindeverboten abwenden und sich der Berufsorganisation anschließen. Wo dies befolgt worden sei, habe schon manche Verbesserung herbeigeführt werden können, z. B. Befreiung der §§ 815 und 816 des Strafgesetzbuchs, welche bei Kollisionen mit Straßenbahnen usw. nur Gefängnisstrafen zuließen. Nicht zu unterschätzen ist die Pflege internationaler Solidarität, die Einwirkung auf die Gestaltung der Sozialreform und die Durchführung der Arbeitergesetze. Aber auch materiell habe die Organisation ihren Mitgliedern durch Lohnherhöhungen und Ver-

kürzung der Arbeitszeit große Vorteile gebracht. Wir müßten daher danach streben, daß die noch fernstehenden Kollegen der Organisation zugeführt werden, um dadurch im Kampfe gegen jede Unterdrückung eine noch größere Macht entfalten zu können. Für die Zukunft sei es noch ganz besonders dadurch notwendig geworden, sich zu organisieren, würde doch die Lebenshaltung der Arbeiter durch den Posttarif noch erheblich verteuert. Redner betonte dann die Unterstützung der Brauereiarbeiter sowie den Wahlrechtsraub in Hamburg. Nicht durch Sozialreformen und Zuckerröte der Regierung, sondern durch eine zielbewußte Organisation sei eine Besserung zu erwarten. Es gehe vorwärts, was der Gewerkschaftstongreß im Göttingen, wo sich sonst nur Fürsten Reuebewußt geben, bemessen habe; Aufklärung schaffen und die Organisation fördern, dies seien die besten Waffen im Kampfe ums Dasein! Redner schloß mit des Dichters Worten:

„Kein Himmel kann das Heil uns senden,
Es fällt aus keines Gottes Schoß.
Die Menschheit muß mit kräftigen Händen
Ergründen sich ein besseres Loß.“

Lebhaftes Bravo lobte den Redner. Kollege Schnelzer befragt hierauf die vorjährige Lohnbewegung und bedauert die wieder eingetretene Laueheit, welche weitere Erfolge nicht aufkommen lasse. Nachdem noch einige Redner im Sinne des Referenten gesprochen, erfolgte nach einem Schlußwort des Referenten der Schluß der Versammlung.

Chemnitz. Am 1. Juni tagte eine Generalversammlung der biesigen Verwaltungskasse. Auf der Tagesordnung standen der Bericht von der Frankfurter Generalversammlung, sowie die Wahl von 4 Gauvorsitzendenmitgliedern. Es wurde zunächst der letzte Punkt erledigt. Gewählt wurden die Kollegen: R. Preußke, Osm. Eckardt, M. Bangrod, und P. Haupt. Alsdann erstattete Kollege Otto Richter Bericht von der Generalversammlung. Der Referent führte aus, daß die Generalversammlung ein gutes Stück Arbeit geleistet habe. Mit einem alten Krebsknoten habe man endlich aufgeräumt, indem man allen Verwaltungskassen gleiche Rechte und Pflichten gegeben, der bisherige ungleiche Zustand der verschiedenen Abrechnungsstellen der Beiträge an die Hauptkasse sei abgeklärt, dafür eine für alle Abrechnungen gleiche eingeführt. Die ablehnende Haltung der Generalversammlung in Bezug auf 8 tägiges Erstellen des Couriers begründete der Referent mit dem damit verbundenen finanziellen Schwierigkeiten. Mißbilligung habe der Umstand hervorgerufen, daß in Berlin noch Sonderorganisationen unseres Berufs der Gewerkschaftskommission angeschlossen sind. Dagegen habe man energig Stellung nehmen müssen und es seien auch zwei dahin gehende Resolutionen angenommen worden. Weiter erläuterte der Referent die beschlossenen Staffelpträge und die dadurch bedingte Veränderung der Unterhaltungsfrage. Desgleichen redete er den Jugendabteilungen das Wort. Am Schluß seiner Ausführungen verlas Kollege Richter unter allgemeiner Heiterkeit und „Oho“-Rufen ein an unsere Redaktion gefandenes Schreiben des Vereins der Chemnitzer Metallarbeiter und Hausmänner, welche ein Entschuldigungs-schreiben verlangen. Der Referent schloß mit dem Wunsche, daß unsere Organisation in der kommenden Geschäftsperiode in demselben Maße zunehmen möge, wie in der verfloßenen. Der Bericht wurde mit Beifall entgegengenommen. Die folgende Diskussion war eine lebhafteste. Sehr scharf wandten sich die Kollegen gegen den Beschluß, daß das Verbandorgan auch fernherin 14 tägig erscheinen soll. Die finanziellen Schwierigkeiten könnten keine so großen sein, um das 8 tägige Erscheinen nicht durchzuführen zu können. Sei es bedeutend kleineren Gewerkschaften möglich, so müßte es uns, als einer der größeren Gewerkschaften, erst recht möglich sein. Auch sei das 8 tägige Erscheinen gerade bei uns von großem agitatorischem Wert. Scharfe Kritik wurde auch von allen Diskussionsrednern an dem Beschlusse geübt, einen neunten Delegierten aus der Verwaltungskasse in Berlin nach Köln zum Gewerkschaftstongreß zu entsenden. Ganz mit Recht wurde betont, daß doch die gewählten Kollegen aus dem Vorstand auch zur Hauptstelle Berlin gehören, Berlin also zur Genüge vertreten gewesen sei. Auf der einen Seite werde gesagt, man müsse sparsam sein, auf der andern Seite trete gerade das Gegenteil ein. In Bezug auf alle anderen wichtigen Beschlüsse erklärten sich die Kollegen mehr oder weniger mit den Ausführungen des Referenten einverstanden. In seinem Schlußwort polemisierte Kollege Richter gegen verschiedene Kollegen. Besonders lebhaft verteidigt er den Beschluß auf weiteres 14 tägiges Erscheinen des Couriers. Betreffend der Delegation zum Gewerkschaftstongreß erklärte er sich mit der Versammlung einverstanden. Mit der Aufforderung, auf der neu geschaffenen Waise kräftig weiter zu arbeiten, schloß der Vorredner die im Verhältnis zur Mitgliederzahl sehr schwach besuchte Versammlung.

Bei dieser Gelegenheit möchten wir an alle Kollegen, die in den Versammlungen immer durch Abwesenheit glücken, die Aufforderung richten, zahlreicher zu erscheinen. Geradezu standbildend ist es zu nennen, wenn bei einer so wichtigen Tagesordnung von 300 Mitgliedern kaum 40 Mann anwesend sind. Immer heißt es, wir kommen nicht vorwärts, wenn es aber die Kollegen so machen, dann ist es kein Wunder. Glaubt nicht Kollegen, daß ihr mit dem Steuerzahlen eure Schuldigkeit schon getan habt, ihr müßt auch die Versammlungen besuchen, um euch mit allem, was den Verband betrifft, vertraut zu machen. Wir sind der festen Überzeugung, daß eine ganze Anzahl Kollegen an dem Verammlungsstage nicht zu Hause in der Stube sind sitzen geblieben, dann hätten sie aber auch in die Versammlung kommen können. Kollegen, wir müssen euch entschließen aufstehen, eure Laueheit abzulegen und zu kommen, wenn ihr gerufen werdet.

Dresden. Am Sonnabend, den 27. Mai fand unsere Monats-Versammlung statt. Den Bericht von der Generalversammlung zu Frankfurt a. M. gab ein Kollege zur vollen Zufriedenheit der Anwesenden. Die Diskussion bewegte sich leider in sehr persönlichem Rahmen, was auch von einem Kollegen gerügt wurde. Zur Generalversammlung selbst und deren Beschlüssen gab die Versammlung ihre Befriedigung durch Annahme einer Resolution kund.

Unter „Gewerkschaftlichem“ bemerkte ein Kollege, daß bei der Deutsch-Amerikanischen Petroleum-Gesellschaft, Verlabelfeile Dresden, dank der Uneinigkeit der Kollegen (obwohl sämtlich organisiert) Zustände herrschen, durch die die Erfolge der vorjährigen Bewegung beseitigt wurden.

Neuerdings ist den dort beschäftigten Ruischern ein Zusatzparagraph vorgelagt worden, der lautet: Falls ein Ruischer sich eine Uneinigkeit sollte zuschulden kommen lassen, hat die D. A. P. G. das Recht, die von dem betreffenden Ruischer gestellte Rantion ohne weiteres zurückzubehalten und für einen ausschließlich von der D. A. P. G. zu bestimmenden, gemeinnützigen Zwecke zu verwenden. Selbstredend befißt sich die D. A. P. G. in einem Paragraph vor, weitere Maßnahmen gegen den Ruischer zu ergreifen. Daß es nun aber vorkommen kann, z. B. durch Schreibfehler u. a. m., die bei einer Kontrolle gefunden werden, ist der betreffende Ruischer in der Lage, seine Rantion (200 Mt.) einbüßen zu müssen, wo vielleicht der Gegenwert ein paar Mark beträgt. Auch ist es angebracht, Herrn Steuers persönlich einmal unter die Lupe zu nehmen. Des weiteren wurde den Anwesenden der Stand des Wäckerstreiks und der Gewalttätigkeit der Ruischer. In den Fabriken vor Augen geführt mit dem Wunsche, durch moralische Unterstützung der Betroffenen die Unternehmer zum Nachgeben zu zwingen.

Reinickendorf. Eine am Sonntag, den 28. Mai, von unserem Verband in diesem Vororte einberufene Versammlung im Lokale von Wolfram, Hausstr. 43, verlief der Auflösung, weil der aufzuführende Beamte den weiblichen Mitgliedern unserer Organisation nicht gestattete, während des Vortrages im Saale anwesend zu sein.

Der überwachende Beamte erklärte, nach seiner Instruktion handeln zu müssen, und fügte sich auf folgendes amtliche Schriftstück:

J.-Nr. 12 628.

Hiermit bestätige ich den Eingang der Anzeige vom 28. d. M., nach welcher am 28. d. M., abends 6 Uhr, im Lokal von Wolfram, Hausstr. 43, eine Versammlung des Zentralverbandes der Handels-, Transport- und Verkehrsarbeiter Deutschlands stattfinden soll, an welcher auch die Teilnahme von Frauen beabsichtigt ist.

Gleichzeitig machte ich darauf aufmerksam, daß nach § 8 des Vereinsgesetzes vom 11. März 1850 Frauenpersonen an Versammlungen und Sitzungen politischer Vereine, als welcher der Zentralverband der Handels-, Transport- und Verkehrsarbeiter Deutschlands anzusehen ist, nicht teilnehmen dürfen.

An Herrn Ferd. Salomo, Kolonnenstr. 128.

Die vom Einberufer sowie Referenten gemachten Einwendungen, daß unser Verband in Berlin ca. 18000 männliche und ca. 400 weibliche Mitglieder befißt, die Organisation nur wirtschaftliche Interessen verfolgt, das Thema „Die beste Waffe im Kampfe ums Dasein“, was zur Ausführung kommen sollte, keine Veranlassung dazu geben könnte, hatten keinen Erfolg. Aber wir marschieren doch. Die Welt in ihrem Lauf, hält auch die Polizei nicht auf!

Sangerhausen. In der letzten Mitglieder-Versammlung vom 4. d. Mts., welche gut besucht war, erstattete der Gauleiter Bericht von der Generalversammlung. Redner gab zunächst einen Rückblick auf die gute Entwicklung unseres Verbandes. Auch die Änderungen im Statut usw. wurden erläutert. Unter Verschiedenem gab Kollege Schöbe den Kartellbericht und erklärte sich alle Kollegen mit den Beschlüssen des Kartells einverstanden. Ferner wurde der Antrag des Kollegen Vorkauf, in Zukunft die Mitglieder-Versammlungen Sonnabends abzuhalten, angenommen. Nach einer Aufforderung an die Kollegen, auch fernherin kräftig für den Verband zu agitieren und demselben neue Mitglieder zuzuführen, schloß der Vorredner die Versammlung.

An die sämtlichen Kollegen im Gau Rheinland und Westfalen.

Kein Sonntag vergeht jetzt wieder, wo nicht in mehreren Städten unseres Gaus die Fuhrmannvereine ihre Rittmünz-Umzüge veranstalten; gerne stellen die Fuhrherren ihre Wagen und Pferde zur Verfügung, werden dieselben doch dann wenigstensmal wieder gründlich gereinigt und aufgeführt, da es doch keine billigeren Kellame für sie gibt und zweitens wissen sie auch ganz genau, daß durch diesen Umzug noch Jahre lang die Kollegen Fuhrleute in ihrer Rückständigkeit erhalten bleiben. Die Unternehmer werden es jedoch, die Fuhrleute besonders dadurch zu fördern, indem sie in herablassender liebenswürdiger Weise an den Festlichkeiten teilnehmen, wobei es ihren Damen auch nicht darauf ankommt, mal ihren Geldsack herauszugeben und einige Kunden von den sauer verdienten Groschen der Kollegen zu spendieren. Die Herren machen doch immer noch das beste Geschäft hierbei, indem sie genau wissen, daß ihre Knechte dadurch auch fernherin in der Dummheit mit der langen Arbeitszeit und den Hungerlöhnen zufrieden sind und mit Recht loben die Unternehmer über diese Dummheit ihrer Knechte. Wie es auf diesen mit Unternehmervorhimmelung gewürzten Festen geht, davon legt folgender Vorkauf, welcher sich bei einem Rittmünz-Umzug am Sonntag in Weibert ausgegeben hat, bereites Zeugnis ab, es wurde dort nämlich eine richtige alte Römerschlacht geliefert.

Weibert, 28. Mai. Der Verein der Fuhrleute feierte heute im Lokale Kaspar Langes, Poststraße, seine Fahnenweihe unter Beteiligung mehrerer auswärtiger Vereine. Der Festzug war bis Dienstag noch nicht erlaubt und nachträglich nur unter der Bedingung, daß im Laufe der Woche keine Ruhestörungen von Seiten der ausgesperrten Metallarbeiter vorkämen. Das ist nun selbstverständlich nicht geschehen, aber die Fuhrleute lieferten gestern Abend eine vollständige Römerschlacht von circa 1 Stunde

(1/2—1/10 Uhr). Einer der Beteiligten war eben zur vollständigen Fleischmasse verhaun, als endlich die heilige Germania erschien, trotzdem man von dem Lokal bis zum Rathaus mit einem Stein hinwerfen kann. Es ist undegreiflich, wie in unmittelbarer Nähe der Polizeiwache solche Sachen sich abspielen können, denn man war nicht in der Lage, die Poststraße zu passieren. Da ist man doch viel schneller bei der Hand, wenn 2 oder 3 der ausgesperrten Arbeiter beisammen stehen.“

Ein Elsefelder Kollege, der auch hierbei beteiligt war, wurde hier ins Krankenhaus gebracht.

Und diese Sorte Fuhrleute stehen noch unter Oberaufsicht der dortigen Fuhrherren. Als der Gauleiter vor 8 Jahren verstarb, auch dort die Kollegen aufzuklären und eine öffentliche Fuhrmanns-Versammlung einberufen hatte, erschienen nur die Fuhrherren in Corpora. Diese erklärten, sie wollten sich erst mal informieren, was der Zweck dieser Versammlung sei, denn ohne ihren Willen läme kein „Knecht“ zur Versammlung. Kollegen in Rheinland und Westfalen, legt Euch doch mal ernstlich die Frage vor, wollt Ihr noch immer in dieser Harmoniebuschel weiter leben, wollt Ihr Euch auch in Zukunft immer noch bevorzugen und auch solche einem Fuhrmann unwürdige Behandlung gefallen lassen? Deshalb Kollegen macht endlich auf und tretet mit ein in die Reihen Eurer im Zentralverband organisierten Kollegen, kämpft mit uns für Ergründung besserer Lohn- und Arbeitsbedingungen, damit auch alle unsere Berufs Kollegen ein menschenwürdiges Dasein führen können. Kommt deshalb nicht immer mit den faulen Ausreden, der Beitrag 30 oder 40 Pf. die Woche ist mir zuviel, denn auf den Fuhrmannseffekten, denen im Jahre nicht zu wenig mitgemacht werden, da kommt es Euch ja auf ein paar Mark mehr oder weniger auch nicht an. Nun fragt Euch mal, was haben denn die ganzen Fuhrmannseffekte für einen Wert für Euch gehabt?

Ist etwa dadurch eine Verbesserung Eurer Lohn- und Arbeitsverhältnisse herbeigeführt worden? Nichts — kein Jota ist von dieser Seite aus für Euch geleistet worden, noch nicht mal eine Arbeitsverkürzung von 10 Minuten pro Tag ist der Fuhrmannsverein im Stande, Euch zu ertingen.

Deshalb Kollegen heraus aus der Gleichgültigkeit, faßt mit in die Speichen des Weltrades und schließt Euch Mann für Mann an die Banner des Handels-, Transport- und Verkehrsarbeiter-Verbandes und es werden andere Zustände auch für uns Platz greifen müssen, denn unsere Parole lautet vorwärts, in der Eingetell liegt unsere Macht.

Briefkasten.

Brandt, Halle. Deine Blamage ist schon groß genug, wir wollen sie durch Veröffentlichung Deiner Verächtlichkeit nicht noch größer machen.

H., Stuttgart. In nächster Nummer.

Rückstellungen mußten auch diesmal wegen Platzmangel erfolgen.

Mitteilungen des Zentral-Vorstandes.

Auf Grund des § 8 Abs. 7 a unseres Statuts sind nachstehend genannte Mitglieder aus dem Verbande ausgeschlossen worden:

Milos Fischer-Augsburg, Haupt-Nr. 68 135; August Kiesel-Greif, Haupt-Nr. 78 820; Ernst Kühn-Halberstadt, Haupt-Nr. 21 802; Herm. Wöhlert-Magdeburg, Haupt-Nr. 58 993; Aug. Matthias-Magdeburg, Haupt-Nr. 61 946.

Ein gewisser Hermann Vogel aus Lierdingen ist unter Mitnahme der Mitgliedsbücher von Heinrich Weistopf, Haupt-Nr. 84 502, eingetreten in Lierdingen, und Christoph Bremer, Haupt-Nr. 84 521, eingetreten in Lierdingen, von dort abgereist. Für den Fall, daß der v. Vogel diese Bücher vorzeigt, sind dieselben anzuhalten und dem Unterzeichneten zuzuliefern.

Das frühere Mitglied Martin Egg, Haupt-Nr. 40 226, eingetreten am 8. 9. 03 in München, versucht unter Bezugnahme auf seine frühere Mitgliedschaft in verschiedenen Verwaltungen Unterhaltungen, Darlehen z. c. zu erlangen. Derselbe ist seit 1. 10. 04 nicht mehr Mitglied, deshalb ist derselbe abzumelden.

Verloren ist auch das Mitgliedsbuch 27 109, Berliner Orts-Nummer 10 609, auch dieses ist im Verwehrungsfall anzuhalten und uns einzuliefern.

Mit Kollegalem Gruß

Der Zentral-Vorstand.

J. A.: Oswald Schumann, Berlin 80., Engel-Nr. 21, I.

NB. Alle den Verband und die Agitation betreffenden Schriftstücke sind an obige Adresse zu richten. — Alle Gelder sind an den Hauptkassierer Kollegen Karl Käbler, Berlin 80., Engel-Nr. 21, einzuliefern.

Sterbetafel des Verbandes.

Gestorben sind:

In Fürth die Kollegen Joh. Gg. Popp und Joh. Wendel.
In Halle a. S. der Kollege A. Rausch.
In Hamburg die Kollegen F. Giffen, J. Kleber und H. Köhler.
In Königsberg der Kollege Franz Kandelbacher.
In Leipzig die Kollegen Karl Rautiel und Adolf Pinkart.
In Magdeburg der Kollege Wilh. Schnell.

Ehre ihrem Andenken!

Die Ortsverwaltungen.

Deutschlands Außenhandel im Jahre 1904

nach seiner Herkunft und Bestimmung.

Die endgültige Feststellung der Wertzahlen des deutschen Außenhandels für das vergangene Jahr ist vom kaiserlichen statistischen Amt so beiläufig worden, daß schon zu Beginn des zweiten Vierteljahres die Hauptangaben über den Handelsverkehr mit den einzelnen Erdteilen und Staaten vorliegen. Die Zahlen sind auf Grund der durch die Sachverständigenkommission für die Schätzung der Handelswerte für das Jahr 1904 festgestellten Einzelsätze berechnet; sie weichen somit naturgemäß von den zu Ende Januar veröffentlichten vorläufigen Wertzahlen ab, da diesen in der Hauptsache noch die Einzelsätze des Jahres 1903 zu Grunde gelegt waren. Bei der allgemeinen Bewegung des Preisniveaus nach oben, die im Jahre 1904 stattgefunden hat, war zu erwarten, daß die endgültigen Zahlen höher sein würden als die vorläufigen. Die Unterschiede sind ziemlich erheblich. Während im Januar die Einfuhr abgezogen von den Edelmetallen auf 6291,0 Millionen Mark geschätzt war, ist sie jetzt auf 6864,1 Millionen Mark festgesetzt. Die Ausfuhr war im Januar auf 5172,5 Millionen Mark angenommen, jetzt beträgt sie 5222,8 Millionen Mark. Die Einfuhr liegt also im Defizitum um 73,1, die Ausfuhr um 50,3 Millionen Mark über der vorläufigen Schätzung. Im Jahre 1903 hatte die Differenz nach oben nur 22,5 und 85,1 Millionen Mark betragen.

Vergleicht man die vorliegenden Hauptzahlen des Außenhandels mit denen der früheren Jahre, so ergibt sich folgende Zusammenstellung in Millionen Mark:

	Einfuhr	Ausfuhr
1904	6864,1	5222,8
1903	6321	5190
1902	5806	4818
1901	5710	4518
1900	6048	4753
1899	5784	4868
1898	5440	4011
1894	4286	8051

Hiernach hat sich gegenüber dem Jahre 1903 die Einfuhr um 543 Millionen Mk. oder 8,6 pCt. erhöht, die Ausfuhr nur um 186 Millionen Mk. oder 3,6 pCt. Die Einfuhr ist also, wie schon im Vorjahre, viel stärker gestiegen als die Ausfuhr. Dies ist aber in beiden Jahren zum nicht geringen Teil auf die Steigerung der Edelmetalleinfuhr und das Sinken der Edelmetallausfuhr zurückzuführen. Es sind nämlich im Jahre 1904 für 500 Millionen Mark Edelmetalle eingeführt gegen 818 Millionen Mark im Jahre 1903 und 174 Millionen Mk. i. J. 1902, dagegen ausgeführt nur 95 Millionen gegen 116 und 135 Millionen Mark. Läßt man die Edelmetallebewegung außer Betracht, so beträgt die Einfuhr 6904,4 Millionen Mk. gegen 6008 im Jahre 1903, die Ausfuhr 5223 gegen 5015 Millionen Mk. Die Einfuhr ist also um 861 Millionen Mk. oder 6,0 pCt., die Ausfuhr um 208 Millionen Mk. oder 4,0 pCt. gestiegen. In den letzten 10 Jahren hat nach obiger Tabelle die Einfuhr um 1508, die Ausfuhr um 1208 Millionen Mk. zugenommen, so daß der Wert unseres Außenhandels eine

Steigerung von fast 2% Milliarden Mk. erfahren hat. — Ordnet man die Wertzahlen des Außenhandels, unter Einschluss der Edelmetalle, die sich nicht aussondern lassen, nach den einzelnen Erdteilen, so ergibt sich folgende Tabelle:

	1904	1903	1902	1901
Insgesamt	6864 265	6321 146	5806 575	5710 888
darunter aus:				
Europa	4 298 514	3 987 382	3 617 708	3 491 565
Amerika	1 704 899	1 588 198	1 477 590	1 592 620
Asien	497 804	438 832	417 962	392 900
Afrika	209 793	180 029	164 161	126 268
Australien	150 208	126 068	122 661	111 233

An der Zunahme der Einfuhr ist hiernach Europa mit 909 (1903 mit 270), Amerika mit 122 (106), Asien mit 58 (21), Afrika mit 80 (16) und Australien mit 24 (3) Millionen Mark beteiligt; die Steigerung war also relativ bei den anderen Erdteilen weit erheblicher als bei Europa. Die Zunahme der Ausfuhr verteilt sich zu 84 (1903: 201) Millionen Mk. auf Europa, 65 (70) Millionen auf Amerika, 28 (29) Millionen auf Asien, 5 (10) Millionen auf Afrika und 5 (— 1) Millionen auf Australien. Der Handelsverkehr mit Asien zeigt also trotz des asiatischen Krieges in der Einfuhr wie in der Ausfuhr eine verhältnismäßig sehr starke Steigerung.

Die Einfuhr nach Deutschland verteilt sich auf die einzelnen Hauptbezugsländer folgendermaßen in 1000 Mk.:

	1904	1903	1902	1901
England	961 533	888 499	610 640	607 805
Vereinigte Staaten von Amerika	943 779	943 425	911 089	1 042 125
Rußland	818 699	826 252	780 886	716 154
Oesterreich-Ungarn	781 695	754 868	719 545	698 262
Frankreich	428 649	398 018	306 246	281 764
Argentinien	396 538	270 618	201 797	200 769
Britisch-Indien	294 838	258 177	214 450	197 198
Belgien	288 486	207 895	196 700	186 490
Niederlande	220 931	194 248	206 073	203 840
Italien	191 876	200 088	192 485	182 580
Schweden	180 543	171 823	168 715	154 183
Brasilien	156 685	132 032	118 557	113 865
Brit.-Australien	146 552	120 068	120 171	107 858
Chile	112 760	95 716	112 988	100 672
Schweden	99 870	90 107	80 480	84 291
Niederb.-Indien	99 888	92 283	90 884	96 749
Spanien	99 326	87 742	74 895	78 847
Dänemark	95 636	77 284	74 725	68 829
Rumänien	64 899	63 440	84 199	47 848
Ägypten	63 280	57 060	45 643	40 580
China	59 452	34 796	55 124	44 555
Japan	21 003	21 662	17 781	19 805

Die Vereinigten Staaten haben also ihren ersten Platz unter den Einfuhrländern, den sie 1898 innehatten, an England zurückgeben müssen, das zeitweise weit zurückgefallen war. Allerdings spielt bei der Zunahme der Einfuhr aus England der Goldimport eine bedeutende Rolle, der im Jahre 1904 1218,45 da betragen hat gegen 811,38 i. J. 1903 und 122,89 i. J. 1902. Daß die Einfuhr aus den Vereinigten Staaten sich nur unbedeutend erhöht hat, ist auf den Rückgang der Getreideinfuhr zurückzuführen. Die Einfuhr aus den im Kriege befindlichen Mächten Rußland und Japan ist gesunken, aber nicht erheblich. Der Rückgang der Einfuhr aus Oesterreich-Ungarn hängt mit der dortigen schlechten Ernte zusammen, ebenso wohl auch der der Einfuhr aus Italien. An der starken Steigerung der Einfuhr aus Frankreich und aus Australien ist der Goldimport nicht unwesentlich beteiligt. Zu beachten ist die erhebliche Zunahme der Einfuhr aus Dänemark und aus den südamerikanischen Staaten Argentinien, Brasilien und Chile.

Für die Ausfuhr aus Deutschland lassen sich folgende Zahlen feststellen. Es erhielten in 1000 Mk.:

	1904	1903	1902	1901
England	995 135	987 631	965 520	916 882
Oesterreich-Ungarn	584 426	580 601	583 059	491 518
Vereinigte Staaten von Amerika	493 055	469 237	449 194	385 789
Niederlande	420 035	418 422	393 630	379 004
Schweden	327 875	304 125	285 830	264 810
Rußland	315 283	378 564	343 839	318 418
Belgien	277 421	267 986	260 732	235 948
Frankreich	274 806	271 947	253 173	249 902
Dänemark	155 293	149 742	181 132	118 039
Schweden	151 023	132 821	119 054	111 887
Italien	146 005	138 082	129 892	127 242
Argentinien	102 681	71 048	47 231	54 222
Britisch-Indien	83 099	76 015	57 405	67 187
Norwegen	67 615	62 743	61 845	65 033
Japan	57 758	45 566	49 760	45 510
Brasilien	56 610	51 865	43 831	35 474
Spanien	56 089	58 167	55 793	50 037
China	52 850	44 747	37 855	37 823
Britisch-Australien	50 239	44 760	45 509	52 226
Chile	44 608	43 288	32 277	34 037
Rumänien	41 979	37 606	49 460	33 005
Brit.-Nordamerika	23 161	35 835	33 794	26 491

Die Ausfuhr nach Rußland hat also unter dem Druck der politischen Ereignisse um nicht weniger als 63 Millionen Mark abgenommen, während die nach Japan um 12 Millionen Mark gestiegen ist. Außer Rußland zeigen nach der Tabelle nur noch Spanien und vornehmlich Britisch-Nordamerika (Kanada), dieses infolge der Zollmaßregeln, eine Abnahme im Bezug deutscher Werte. Auch die Ausfuhr nach Britisch-Südafrika ist hart (um 4,7 auf 20,5 Millionen Mark) zurückgegangen. Die Zunahme der Ausfuhr war am größten im Verkehr mit Oesterreich-Ungarn, der Schweiz, Schweden, Argentinien und China.

Spießbürgers Schrecken.

Frau Frida sah am Fenster und schied. Ein großes, schönes Monogramme hatte sie, und selbstverständlich war es für Emil, den heiligsten Gatten. Und wie sie den bunten Faden durch die Seide zog, dachte sie an Emil und an das junge Ehepaar, das heute im dritten Jahre ihrer Ehe noch immer so goldig glänzte wie in den Hütchenwochen. Hütchenwochen war sie dann einen Blick auf die Straße und spähte aus, ob sich der Emil nicht schon in der Ferne zeigte und grüßte mit dem hübschen Lächeln. Da plötzlich war die Tür aufgerissen und Emil taumelte herein, leidend. Raum daß er sich auf den Füßen halten, daß er noch die Chaiselongue erreichen kam, auf die er ächzend hinstürzte. In tödlichem Schreck ist Frida aufgesprungen und kann noch eben den leuchtenden Zusammenstößenden auffangen und auf die Kissen stellen.

„Emil, um des Himmels willen! Was ist Dir?“ „Ach! Ach! Ach!“ stöhnt der Unglückliche; aber weiter kann er nichts sagen. Seine Glieder zittern und kalter Schweiß tritt auf seine blasser Stirn.

„Wißt Du Frank, Emil?“ fragte das verzweifelte Weib, das eben noch so glücklich war und jetzt das schwarze Unglück vor sich sieht. „Wißt Du Frank?“ „Ach! Ach! Ach!“ ächzt Emil.

„Wißt Du verheiratet?“ „Ach! Ach! Ach!“ stöhnt Emil mit steigender Schmerzhaftigkeit und endlich entringt sich seinen bebenden Lippen das eine Wort: „Automobil!“

Frida schreit laut auf: „Wißt Du überfahren worden?“ „Ach! Ach! Ach!“ stöhnt Emil.

Frau Frida springt auf, eilt zur Tür und ruft mit gelinder Stimme: „Gamel Gammel“ und das Dienstmädchen stürzt in blinder Angst herbei.

Sofort zum Arzt! Der Herr ist von einem Automobil überfahren worden. Nehmen Sie eine Droschke und lassen Sie den Kutscher fahren, was er kann.“

Die treue Ganne eilt hinweg und die arme junge Frau wendet sich wieder dem Schwerverletzten zu. „Mein armer, armer Emil! Hast Du sehr Schmerzen?“ „Ach! Ach! Ach!“ stöhnt der Unglückliche.

Frau Frida weicht sich keinen Rat. Sie wagt kaum den Verwundeten anzufassen, aus Furcht, ihm Schmerzen zu bereiten oder aus Ungeduld sein Weiden zu verschlimmern. Die Tränen rollen ihr über die Wangen, wie sie an dem Angebeteten hinsteht und die Stirn des Kranken leise streichelt, der ununterbrochen stöhnt.

Sie möchte wissen, was ihm widerfahren ist, wie es gekommen ist, aber sie wagt nicht, den ächzenden Mann zu fragen. Endlich fängt aber Emil an zu erzählen, freilich nur brockenweis und mit vielem Wehagen.

„Wir standen auf der Oberstraße — Ach! Ach! Ach! — Frenkel und ich — wir sprachen gerade von

unserer Partie am nächsten Sonntag — Ach! Ach! Ach! — Frau Gessie kam gerade vorbei — und wir grüßten sie noch — Ach! Ach! Ach! — obwoh! ich das alte Fell nicht ausziehen kann — gib mir ein Glas Wasser!“

Frida eilt hinaus und bringt den Trank, den der Leidende unter Schmerzhafte Ausruhen hinuntergeschluckt. „Nachher bot mir Frenkel noch eine Zigarre an. Ach! Ach! Ach! — und wir scherzten noch mit einander über die alte Gessie — leg' mir noch ein Kissen unter den Kopf.“

Frida macht sich sofort daran, den lieben Kranken besser zu betten.

„Da mit einem male hören wir tuten — Ach! Ach! Ach! — und bei Hansens Hotel kommt ein Automobil angefahren — es fuhr wie ein Komet — Ach! Ach! Ach! — und ich noch recht zur Bestimmung gekommen war, ist es bei uns. Ach! Ach! Ach! Ach!“

Frau Frida ist halbtot. Sie steht im Geste, wie das schreckliche Unglück ihren Emil erglänzt, niederbreitend und mit seinen Nähern über den Leib des Unglücklichen geht. Und in Erinnerung an die schreckliche Sekunde schreit und ächzt der arme Verwundete auf seinem Schmerzlager und vermag kein Wort weiter zu sprechen, so daß es seinem Weibe durch das Herz schneidet.

Nur mit aller Kraft kann Frida es zwingen, daß sie nicht laut aufschreiend niederstürzt.

„Da geht die Tür auf. Ganne bringt den alten, treuen Hanses. Frida stürzt ihm entgegen und erzählt ihm in hastigen Worten, was sie weiß.“

„Nun, nur ruhig, Kindchen!“ sagt der Alte begütigend. „Vorerst wollen wir einmal sehen, was denn geschehen ist.“

Und Emil ächzt, daß es zum Erbarmen ist. Derweil hat der Arzt mit schmerzender Hand die Wunden des Kranken betastet. Er fragt jedesmal, ob es schmerzt, und es schmerzt an allen Stellen. „Der ganze Leib muß zerbrochen sein“, denkt Frida und nun steigt sie auch, wie der Doktor seinen grauen Kopf bedenklich schüttelt.

„Na, nun erzählen Sie mir erst noch einmal, wie es gekommen ist.“ „Spricht er zum Kranken, und nach vielem Wehagen beginnt dieser seine Geschichte von neuem.“

„Und ich zur Bestimmung kommen konnte, war das Automobil bei uns. Ach! Ach! Ach! Ach! — Gerade — Ach! Ach! — hatte ich — Ach! Ach! Ach! — noch Zeit — mit Frenkel belaste zu springen, da fauchte es an uns vorüber — Ach! Ach!“

„Was?“ ruft da erregt Frau Frida, „Du bist gar nicht überfahren worden?“

„Nein“, stöhnt Emil, „aber beinahe, so dicht ging es an uns vorbei.“

In Frau Frida steigt etwas hie auf. Ueber des Doktors Gesicht zuckt es ganz eigenartig. „Ihr Mann hat einen Herzanfall erlitten. Nur die größte Schonung kann ihm darüber hinweghelfen. Er muß sofort ins Bett und darf vor vier Wochen nicht heraus.“

Wien, Bier, überhaupt Spirituosen darf er nicht genießen, auch keinen Kaffee oder Tee, sonst sticht ich für nichts. Rauchen ist selbstverständlich ganz und gar verboten. Morgens ein Glas Milch, milde, süßliche Glycerin und ganz wenig leichte Speise, abends ein Teller Suppe und etwas Weißbrot. Sie können ihm täglich eine halbe Stunde vorlesen, aber weiter nicht mehr und weiter keine geistige Beschäftigung. Und nur das nötige mit ihm sprechen.“

Also Emil wurde ins Bett gebracht, wo er sich denn allmählich erholte. Am anderen Tage war er schon wieder recht vergnügt und wollte mit seinem lieben Weibchen plaudern. Aber sie ließ es nicht zu und so mußte er stumm und gelangweilt auf seinem Lager liegen. Abends fing er an, sich anzuheben und zu betteln, denn er wollte durchaus eine Zigarre rauchen. Aber da kam er schon an; Kranke haben zu gehorchen. Am dritten Tage war das Fieber noch stärker; Emil wollte sogar Bier trinken. Der Arzt mußte geholt werden, der ihm die schrecklichen Folgen eines solchen Diätverbrechens mit den fürchterlichsten Farben schilderte.

So ging es denn einen und zwei Tage weiter und Emil kam allmählich auf den Gedanken, daß er sich eigentlich schmächtig dumm benommen habe. Aber die vielen schrecklichen Wehagen, die man in der Bettung spürt! Da soll einem nicht der Schreck in die Glieder fahren, wenn man beinahe hätte überfahren werden können, wäre man stehen geblieben.

Allmählich wandelte sich die Einsicht in Jota um. Das war ja schrecklich, so im Bett liegen und Glycerin schlucken zu müssen. Kein Bier trinken, keine Zigarre rauchen zu dürfen. In der zweiten Woche wurde der Horn immer schlimmer und Frida hatte ihre liebe Not, den widerwilligen Kranken im Bett zu halten.

Als aber die dritte Woche mit einem strahlenden Sommeranfang begann, da half keine Liebe und keine Bitte mehr. Emil sprang aus dem Bett und fing an, sich anzuleben. In namenloser Angst schickte Frida zum Arzt, der auch alsbald kam.

Trotzig sah ihm der Kranke ins Gesicht und erklärte, er bleibe nicht länger liegen. Er fühle sich gesund wie ein Fisch im Wasser.

„Na“, meinte der Arzt, „dann ist es ja gut.“ „Und ich werde sofort Kaffee trinken und mir eine Zigarre anzünden!“

„Ach! ach!“ sagte der Doktor. „Und zu Mittag trinke ich eine extra gute Flasche und dann geht es hinaus!“

„So ist es recht!“ befragte der Arzt. „Über Doktor!“ rief lachend das Weibchen, „Sie haben doch gesagt, er müsse vier Wochen liegen.“

Da sagte der Doktor: „Ich habe ihm etwas unterschätzt und wenn er jetzt schon wieder ein Mann geworden ist, dann ist er ja auch heute schon kurt. Weiter wollte ich ja nichts. Guten Morgen allerseits.“

Kapitalkonzentrationen im Handelsgewerbe.

Unaußhaltbar schreitet die Konzentration im Bankgewerbe vorwärts. Gleichviel, ob auf dem Weltmarkt Depression herrscht oder die Konjunktur sich bessert — immer findet sich Gelegenheit für die großen Banken, ihren Machtbereich zu erweitern. In Zeiten der Depression betätigen sie sich als eifrige Geldgräber, indem sie das Erbte der Kleinbanken und Privatfirmen, denen das Wasser an den Hals geht, antreten; wird der Geschäftsgang wieder lebhafter, so sind sie bemüht, rechtzeitig Kapital zu gründen, „Interessengemeinschaften“ einzugehen, Bankfirmen mit einigermaßen gesicherter Kundschaft sich anzugliedern; während der Hochkonjunktur, wenn scheinbar die kleineren Firmen vollauf beschäftigt sind und gute Geschäfte machen, bietet sich trotzdem Gelegenheit zu neuen Expansionen, weil diese kleineren Firmen, vom allgemeinen Taumel hingeworfen, sich über ihre Kräfte hinaus an Gründungen beteiligen und dann naturgemäß „Hilfe“ bei den Großbanken suchen, die auch gewährt wird, aber in der Weise, daß die Selbstständigkeit der Hilfe suchenden Firma für immer untergraben wird.

Die letzten Tage brachten abermals zwei verachtete Konzentrationsercheinungen zum Vorschein.

In Nürnberg wird eine neue Bank gegründet. Die Gründung wird besorgt durch die Berliner Diskontogesellschaft und die Bayerische Hypotheken- und Wechselbank in München. Diese beiden Banken arbeiten sich bereits seit länger Zeit gegenseitig in die Hand und wollen jetzt in Nürnberg, der Zentrale der bayerischen Industrie, gemeinsam Geschäfte machen. Bei dieser Gründung werden gleich zwei alteingesessene Bankfirmen, nämlich G. J. Gutmann in Nürnberg und Friedrich Günther in Würzburg, ausgeschlossen, indem die neue Bank sie aufkauft. In den bayerischen Blättern wird für die neue Bank in der üblichen Weise Reklame gemacht: sie kommt einem bringenden Bedürfnis entgegen usw. Das ist nun großes Geschwätz, denn die Bankwelt hat wahrhaftig die alte Industriebank nicht vernachlässigt, noch schon der Umstand beweist, daß sowohl die Deutsche Bank als die Dresdener Bank Filialen in Nürnberg unterhalten. Es scheint im Gegenteil, daß der mittlere Grund für die Schaffung einer neuen Bank in der Rivalität der Großbanken zu suchen ist: Wo die „Deutsche“ und die „Dresdener“ machen, muß auch die Diskontogesellschaft schließlich sich einmischen.

Der zweite Vorgang ist die Auffassung der Bankfirma Born u. Wuffe durch die Nationalbank für Deutschland. Born liegen die Dinge sehr eigenartig, und der Vorgang verdient wohl einige Beachtung.

Die Nationalbank hat keine besonders „ruhmreiche“ Vergangenheit. Sie wurde im Jahre 1881 mit einem Aktienkapital von 40 Mill. Mark gegründet. Schon Mitte der achtziger Jahre zeigte es sich, daß die Gründung nicht gerade glücklich war: das Aktienkapital mußte auf 21 Mill. und 1888 auf 18 Millionen reduziert werden. Aber schon ein Jahr darauf wurden 9 Mill. Mark neue Aktien herausgegeben, 1890 und 1895 abermals je 9 Millionen und 1898 15 Millionen. Die Dividende zeigt tolle Schwankungen: in den ersten Jahren waren es 7 pSt., 1886 dagegen nur 3 pSt.; dann kam die Reduktion des Aktienkapitals, die Dividende stieg auf 4 pSt., um dann auf 2 pSt. zu sinken. Nach der zweiten Reduktion (schon dann die Dividende im Jahre 1889 auf 10 pSt. in die Höhe; von da an schwankt sie bis 1900 zwischen 4½ und 8½ pSt.). Das Aktienjahr 1901 hatte für die Bank so schwere Folgen, daß eine Zeit lang an ihrer Existenzfähigkeit gezweifelt wurde. Die Direktion versiegte sich zu dem gewagten Schritte, trotzdem eine Dividende von 3 pSt. auszusprechen, was aber nur möglich war durch Heranziehen der Reserve mit 2¼ Mill. Mark, trotzdem die Reserven durchaus nicht besonders stark waren. In den Jahren 1902 und 1903 wurden je 5 pSt. verteilt, 1904 6 pSt. Im Gegensatz zu anderen Großbanken, die eine fast ununterbrochene Steigerung der Umsätze aufweisen, sind die Umsätze der Nationalbank zurückgegangen. Im Jahre 1889 waren es 8,6 Milliarden, diese Summe wurde später nicht mehr erreicht, auch während der Hochkonjunktur nicht; im Aktienjahr 1901 sanken sie auf 5,7 Milliarden und stiegen von da an langsam 7,5 Milliarden. Es ist also bei dieser Bank ein schweres Ringen mit sehr schwachen Erfolgen. Nichtsdestoweniger suchen die Direktoren jetzt eifrig an der Belebung des Geldmarktes sich zu beteiligen. So ergreifen sie vor kurzem die Gelegenheit, im Orient festen Fuß zu fassen durch Gründung der Orientbank in Athen und jetzt kaufen sie das Bankhaus Born u. Wuffe auf.

Dieses Bankhaus dagegen bildet auf eine ganz andere geartete Tätigkeit zurück. Die Firma wurde 1868 gegründet als ein kleines Wechselgeschäft am Marktwort in Berlin. Die Leiter der Firma, Julius Born und Sigismund Born, verstanden es vorzüglich, die Situation auszunutzen, als Berlin unter dem Einfluß der Einigung Deutschlands und der französischen Kontraktionsmillarden sich mit halbscheitlicher Geldmangeln zu einer der Metropolen des Geldhandels entwickelte. Als der große Crash hereinbrach und Heulen und Zähneklappen herrschte, hatten die Herren Wuffe bereits ihr Schicksal im Trocknen, und da sie persönlich sehr gemietete Geschäftskonten waren, beteiligten sie sich eifrig an „Sanieren“ verschiedener verfallener Gründungen. Ein Coup d'état war die Beteiligung an der Loewenbach-Fabrik, die ursprünglich eine kleine Nähmaschinenfabrik war und in der Gründerzeit sich empor schwaung und allmählich zu einer Weltfirma wurde. Der „Entbehrungslohn“ dieser gemieteten Geschäftsmänner war denn auch reichlich bemessen und als Sigismund Born im Jahre 1901 starb, hinterließ er ein Vermögen von 15 Millionen Mark.

Wenn also die Firma jetzt aufgelöst wird und in der Nationalbank aufgeht, so zeigt das wider, wie im kapitalistischen Betriebe sich nicht nur die Kapitalmacht auslagert, sondern auch die endgültige Abwärtsgang. Die private Bankfirma verbannt ihre Erfolge zweifellos dem Gesicht ihrer Leiter; mit dem Tode dieser Leute verliert sie an Chancen; die Nationalbank kann sich durchaus nicht

einer übermäßig geschickten Leitung rühmen; sie humpelte so mit; trotzdem bleibt sie am Plage und heimt schließlich die Erfolge jener Privatbankiers ein.

Für die Nationalbank bedeutet die Übernahme des Bankhauses in der Tat einen großen Gewinn, da jenes Bankhaus mit der Berliner Industrie vorteilhafte Beziehungen hatte, die jetzt der Nationalbank zugute kommen sollen.

Die Nationalbank erhöht, um das Geschäft zu machen, ihr Aktienkapital von 60 auf 80 Millionen Mark. Somit stellen sich jetzt die Kapitalien der großen Banken folgendermaßen dar:

Dresdener Bank-Schaffhausen	285 Mill. Mk.
Deutsche Bank	180 „ „
Reichsbank	180 „ „
Diskonto-Gesellschaft	170 „ „
Barmsfelder Bank	154 „ „
Berliner Handelsgesellschaft	100 „ „
Gesamthandlung	100 „ „
Commerz- und Diskontobank	85 „ „
Nationalbank für Deutschland	80 „ „
Mitteldeutsche Kreditbank	45 „ „

Das A B C der Unternehmerorganisationen.

Das gewaltige Wachstum der deutschen Gewerkschaften mit dem damit verbundenen Streben nach Verbesserung der Lebenslage der Arbeiter und Arbeiterinnen mußte naturgemäß einen Widerstand der Unternehmer hervorgerufen. War in den früheren Jahren dieser ein weniger starker, so lag es daran, daß die Arbeitgeber sich damals Organisationen zur Abwehr der unzureichenden Bestrebungen der Arbeiter noch nicht geschaffen hatten. In den letzten Jahren hat sich darin nun aber „eine Wendung zum Besseren“ für die Unternehmer vollzogen, der die Arbeiter ihre volle Aufmerksamkeit nicht versagen dürfen. Nicht nur, daß sich die Arbeitgeber Vereinigungen zur Wahrung beruflicher Interessen geschaffen haben, sondern sie haben auch zugleich Trübsalverbände gegen die Arbeiterschaft errichtet und dieselben unter sich gleichförmig zu verbinden getrachtet. Der zum Teil heftige Widerstand, den die Arbeiter bei ihren Lohnbewegungen in den letzten Jahren gefunden haben, ist zum übergroßen Teil darauf zurückzuführen. Auch die so sehr häufig im Anschluß an Streiks und Lohnbewegungen erfolgten Aussperrungen sind das Resultat des vereinten Zusammenwirkens der Unternehmer. An dieser Aussperrungskraft scheitern nun die Arbeitgeber sehr großen Gefallen gefunden zu haben. Sie sind daran, sie systematisch zu veröffentlichen. Den Vorantritt will der „Gesamterverband deutscher Metallindustrieller“ machen. Eines seiner Mitglieder, der Landtagsabgeordnete Wendt-Altona, hat einen Entwurf verfaßt, der die Aussperrungskraft in dieser Unternehmerorganisation regeln soll. Da zu erwarten, daß auch andere Verbände der Arbeitgeber in ihrer sozialpolitischen Wildfängelei sich das von Herrn Wendt aufgestellte und von der „Deutschen Arbeitgeber-Zeitung“ warm empfohlene Rezept zur Nachahmung der Arbeiterschaft zu eigen machen werden, wollen wir dieses geschichtliche Dokument unseren Mitgliedern in seinem Wortlaut nicht vorenthalten. Ob in die Praxis übergeht der Entwurf, läßt sich bedauern, mag dahingestellt sein. Das steht aber zweifellos fest, daß diese Methode in Anwendung gebracht, wobei die Arbeiter und Arbeiterinnen mehr denn je gequält, Schutz und Hilfe bei ihren Organisationen zu suchen. Herrn Wendt wird dann mit das Verdienst genügen, daß die gewerkschaftlichen Verbände in bis jetzt ungeahnter Weise sich entwickeln werden. Denn der Wind facht, wird Sturm ernten.

Der Entwurf lautet:

§ 1. (1) Der Antrag auf eine Aussperrung seitens des Gesamtverbandes kann nur von einem Bezirksverband oder von einer dem Gesamtverbande angeschlossenen Vereinigung gestellt werden.

(2) Dem Antrag muß eine eingehende Darlegung des Streikfalles beigelegt werden.

(3) Der Antrag auf Aussperrung kann erst dann gestellt werden, wenn die Verhandlungen mit den streikenden Arbeitern der betroffenen Firma oder mit der streikführenden Arbeiterorganisation erfolglos verlaufen sind.

§ 2. (1) Die Geschäftsstelle des Gesamtverbandes hat sofort nach Eintreffen eines nach den Bestimmungen des § 1 zu Recht bestehenden Antrages eine Ausschüttung zu ernennen, welche innerhalb einer Woche nach dem Eingang des Antrages stattfinden muß.

(2) Die Einladungen zu diesen außerordentlichen Ausschüttungen müssen mindestens vier Tage vor der Sitzung zur Post gegeben werden.

(3) Jeder Einladung muß eine Abschrift des Antrages mit seinen Beilagen (§ 1 Abs. 3) hinzugefügt werden.

§ 3. Ein Exemplar des Aussperrungsantrages, so wie der Beilagen (§ 1 Abs. 3) ist gleichzeitig an die Zentralorganisationen der auszuwählenden Arbeiterkategorie (A. B. dem deutschen Metallarbeiterverband in Stuttgart) einzuliefern, damit denselben Gelegenheit gegeben wird, den Streik auf dem Wege gütlicher Verhandlungen zu beenden.

§ 4. An solchen etwaigen Verhandlungen (§ 3) muß, wenn es von einer der beiden Parteien verlangt wird, der Vorstand des Gesamtverbandes durch Beauftragung mindestens eines seiner Mitglieder sich beteiligen. Dem oder den Vertretern des Gesamtverbandes sind mehrere Vorstandsmitglieder von unbeteiligten Bezirksverbänden oder angeschlossenen Vereinigungen beizugeben.

§ 5. (1) In der Ausschüttung wird über die Annahme oder Ablehnung des Aussperrungsantrages Bescheid gefaßt. Durch die Annahme des Antrages wird gleichzeitig festgestellt, daß die betreffende Firma in be-

rechtigter Streikabwehr sich befindet und daß die vom Ausschusse beschlossene Aussperrung im Bereiche des Gesamtverbandes berechtigt ist.

(2) Durch die etwaige Ablehnung des Antrages ist nicht ohne weiteres als erledigt zu erachten, daß die betreffende Firma sich nicht in berechtigter Streikabwehr befindet.

(3) Ueber die Frage der Berechtigung der Streikabwehr bedarf es vielmehr einer besonderen Verhandlung und Beschlußfassung.

§ 6. (1) Durch den Aussperrungsbescheid werden alle Arbeiter, deren Namen mit einem bestimmten Buchstaben des Alphabets beginnt, ausgesperrt.

(2) Der Aussperrungsbescheid kann sich auch auf Arbeiter erstrecken, deren Namen mit verschiedenen Buchstaben des Alphabets beginnt.

(3) Der oder die betreffenden Anfangsbuchstaben der Namen der auszuwählenden Arbeiter müssen im Aussperrungsbescheid bekannt gegeben werden.

(4) In keinem Vertriebe des Gesamtverbandes, mit Ausnahme derjenigen, zu deren Schutze die Aussperrung vorgenommen wurde, dürfen die ausgesperrten Arbeiter vor Beendigung der Aussperrung beschäftigt werden.

§ 7. (1) Der Beschluß zur Aussperrung ist nur für die Mitglieder des Gesamtverbandes bindend, welche diese Bestimmungen anerkennen haben.

(2) Aussperrungen des Gesamtverbandes dürfen aber auch nur zum Schutze derjenigen Mitglieder, welche diese Bestimmungen anerkennen haben, beschlossene werden.

§ 8. (1) Der Beschluß der Aussperrung wird unmittelbar nach der Sitzung vom Gesamtverband den sämtlichen dem Gesamtverband angeschlossenen Vertrieben direkt (ohne Vermittelung der Bezirksverbände) brieflich mitgeteilt.

§ 9. Jede Firma hat die Aussperrung in ihrem Vertriebe unverzüglich, unter Beobachtung der etwa bestehenden Kündigungsfristen, vorzunehmen.

§ 10. (1) Diejenigen Mitglieder, welche den Vorschriften des § 9 vollständig zuwiderhandeln, zahlen für jeden Arbeiter, den sie entgegen dem Beschlusse des Gesamtverbandes nicht ausgesperrt haben, für die Dauer der unterlassenen Aussperrung pro Kalenderjahr eine Strafe von 10 Mk. an die Kasse des Gesamtverbandes.

(2) Diese Strafgebühren sind durch den zuständigen Bezirksverband bezu. durch die zuständige, dem Gesamtverband angeschlossene Vereinigung einzuziehen und an die Kasse des Gesamtverbandes abzuführen.

§ 11. Die Strafgebühren bilden einen besonderen Streikabwehrrfonds, welcher dem Vorstände des Gesamtverbandes zur Verfügung gestellt wird.

§ 12. (1) Die sofortige Aufhebung der Aussperrung durch den Gesamtverband erfolgt ohne weiteres auf Antrag desjenigen Bezirksverbandes, auf dessen Antrag die Aussperrung vom Gesamtverband beschlossen wurde.

(2) Außerdem steht es jedem anderen Bezirksverband bezu. angeschlossenen Vereinigung, sowie dem Vorstände des Gesamtverbandes jederzeit frei, die Aufhebung der Aussperrung zu beantragen.

(3) Im Falle des Abs. 2 muß jedoch sofort nach Eingang des Aufhebungsantrages eine Ausschüttung stattfinden, deren Einberufung nach den im § 2 angeführten Bestimmungen zu erfolgen hat.

§ 13. Wird in dieser Ausschüttung (§ 12 Abs. 3) die Aufhebung der Aussperrung beschlossen, so hat der Gesamtverband diesen Beschluß sofort direkt seinen angeschlossenen Firmen zu übermitteln, wodurch die Aufhebung der Aussperrung erfolgt.

Diese neue Weisheit läßt auch unsere Führer nicht schlafen. Sie müssen überall dabei sein, wo der Versuch gemacht wird, den Arbeitern etwas auszuwickeln und setzen sich dabei selbst mit dem Althergebrachten ins heisse Feindesfeld. Es gibt gar nichts so Dummes auf der Welt, daß eine gewisse Art von Führern nicht dabei mitläßt. Fast möchten wir sagen, je dümmere eine Geschichte ist, desto eher finden sich einige unserer, mit Pferdeverstand begabten Arbeitgeber, die sich daran beteiligen und halten sie auch materiell und moralisch den größten Schaben davon.

So lesen wir in der „Deutschen Führerzeitung“ jetzt wieder folgenden Versammlungsbericht des Vereins Hamburger Führer von 1885:

„Der Führer referiert über die Generalversammlung des Arbeitgeberverbandes. Neben dem Bericht über die Tätigkeit des Verbandes gibt der Referent ein anschauliches Bild von der beschäftigten Zentralisierung der Arbeitgeberverbände. Derselbe soll ein Überzeugungsmedium sein gegen partielle Streiks. Die strikten Aussperrungen haben sich als nicht wirksam genug erwiesen, da die Zentralverbände der Arbeiter so gestellt sind, daß sie durch pekuniäre Unterstellungen die Aussperrungen über Wasser halten; deshalb muß eine Aussperrung der betr. Kategorie im ganzen Bereiche erfolgen, um die Unterstellung der Arbeitnehmerverbände unmöglich zu machen. Ferner wird eine Streikversicherung innerhalb des geplanten Zentralverbandes der Arbeitgeber eingerichtet werden; vorläufig wird dieselbe ohne Zwang eingeführt; die Beitragsleistung ist auf 1 Mk. pro beschäftigten Arbeiter festgesetzt. Das Nähere wird im Verein zeitig bekannt gegeben.“

Nun, wir sehen der A-C-Aussperrung mit solcher Mühe entgegen. Wenn die Scharmacher ihre besten und tüchtigsten Führer inschloß los werden wollen, dann soll es uns recht sein, andere Führer, die launischlich zu kalkulieren lassen, die tüchtigen für sich zu engagieren, und sie werden dabei sicherlich kein schlechtes Geschäft machen.

Wenn die Herren darauf rechnen, durch ihr Patent die Organisation müde zu machen, dann dürfte dieser Referatserfolg vergebens auf seine Realisierung harrn. Wir kennen unsere Pappenheimer und haben uns deswegen belzelen vorgesehn.

Was die Kutscher über ihre Arbeitsverhältnisse sagen!

II.

A.: Wie denken Sie, daß man das einrichten könnte, daß ein oder mehrere Sonntage für die Kutscher freigegeben werden? Wie sieht das überhaupt aus? — Sehr gut, ließe sich das durchführen. — Das heißt unter Verzicht auf den Verdienst? — Der wird uns ja sowieso entzogen. — Nein, ich meine nicht nur bei Ihnen, sondern auch bei dem Unternehmer; der kann ja dann die Wagen nicht fahren lassen. — Er kann sich ja einen Kutscherbesitzer halten, mein Herr will aber nichts von Kutscherbesitzern wissen. Er sagt, wenn Sie zu Hause bleiben wollen, schön. Er ist ja in der Weise kulant, wohl auch darum, weil er seine Pferde dann zu irgend etwas anderem gebrauchen kann. Für die Pferde wäre es auch nicht schlecht, wenn sie einmal einen Tag Ruhe hätten. — Sie wollen damit sagen, daß es den Interessen des Unternehmers entsprechen würde, wenn er auf einen Sonntag verzichtet, weil das Pferd dadurch geschont wird? — Sehr richtig. — Wir verlangen ja bloß einen Sonntag im Monat. — Alle vier Wochen? — Ja.

M. Krimm: Wer liefert Ihnen die Uniform und den weißen Hut? — Das ist alles unter Eigentum.

A.: Was kostet das? — Der Mantel 60 M., der Rod 20 M., die Weste 5 M., der Hut 4,50 M. Den Mantel kann man ungefähr 5 Jahre gebrauchen, das macht also alle Jahre 12 M., der Rod 3 Jahre, das macht 7 M., die Weste kann man 2 Jahre gebrauchen, also 2,50 M., und alle 2 Jahre braucht man einen neuen Hut, das macht 2,50 M. das Jahr, wenn man einigermaßen als anständiger Mensch dastehen will. Das macht also Jahre 24 M. bloß für die Oberbekleidung. Dabei rechnet ich noch nicht die Stiefel usw. Außerdem geht von unserm Verdienst alles ab, was uns der Herr nicht liefert: Petroleum, Füllzeug, Putzlappen, Schenkelzeug; alle vier Wochen müssen wir die Wagen reinigen. Das muß alles von uns geliefert werden. Das geht von diesen 3,60 M. Verdienst ab. — Das ist für uns ganz interessant zu wissen, was Sie alles selbst beschaffen müssen. Was war das? — Petroleum zur Beleuchtung der Wagen müssen wir selbst kaufen, dann Füllzeug, es muß alles blank sein, wenn die Herren vom Fuhrwesen kommen, und jeder anständige Mensch muß selbst darauf. Dann muß der Wagen geschliffen werden. Das tut der Herr nicht. Der Unternehmer, und das Füllzeug, die Lappen, müssen wir selbst liefern, und die Kleingeldern, die noch dazu kommen. Das wäre eigentlich Sache der Unternehmer, uns das zu liefern, denn er soll uns den Wagen gebrauchsfähig hinstellen. Wenn ich aber ohne Petroleum fortfähre, kann ich keine Lampe anfeuern, und stehe ich ohne Lampe an, so fahre ich mich der Schuttmann aus. Ich hätte noch eine Bemerkung. Herr Thien sagte, daß jeder Kutscher Sonntags den Stallknecht 10 Pf. gibt. Das ist eine richtige Erpressung, die von den Stallknechten ausübt wird. Den Stallknechten kann man das nicht verdenken, daß sie das herauspressen, aber daß sich der Unternehmer hinstellt und darauf drängt. — A.:

Das hat Herr Thien nicht gesagt, daß er darauf drängt. — Meine Herren, das ist Tatsache. Der Unternehmer sollte seine Stallknechte so behandeln, daß sie diese 10 Pf. nicht brauchen. Aber in manchen Betrieben ist es so, wie unsere Vertrauensmänner berichten, daß, wenn die Stallknechte nicht die 10 Pf. kriegen, sie dann die Sache nicht machen. — A.:

Ich kann nur konstatieren, daß Herr Thien nicht gesagt hat, daß er seine Leute dazu drängt. — Nein, er hat bloß gesagt, die Droßknechte geben auch noch 10 Pf. Ob er dazu drängt, daß sie das machen, weiß ich nicht. — Nach Ihrer Meinung müssen die Stallknechte sich deshalb so verhalten, weil der Lohn der Stallknechte nicht genug ist. Ob die Stallknechte darauf verzichten würden, wenn der Lohn höher wäre, wissen Sie nicht? — Herr Präsident, wenn ich heute 24 M. kriegen, brauche ich nicht den Droßknecht aufzubieten, daß er 10 Pf. gibt. Wenn der Mann aber 17—18 M. bekommt, dann sagt er, ich mache dir sonst dein Pferd nicht zurecht. Tatsache ist es so. Wenn man es nicht gibt, sagt er, ich habe noch keine Zeit gegeben, das Pferd zu putzen. Dann möchte ich indessen die verschleppbaren Räume noch etwas bemerken. Herr Thien führte vorhin aus, daß seine Leute einen schönen hübschen Raum hätten mit elektrischem Licht und Feuerungsanlage. Ich bin der Meinung, daß, wo 30 Kutscher wohnen, wie bei uns draußen, es auch angebracht wäre, daß Kutscherkammern wären. Das ist aber nicht der Fall. Es müssen sich die Leute mit einer elenden Kammer, wo zwei, drei Wagen hineingeschoben werden, begnügen, und müssen sich mit den Sachen ob nach oder trocken durch die Wagen durchschlängeln und die Sachen hinstellen. Von Trodnen ist keine Rede. Bei nassem Wetter ist alles pfeifenhaft. Ja, wo bin damit? Da fahre man dann damit nach Hause und hängt es in die Stube. Was das für einen unangenehmen Geruch gibt, davon können Sie sich einen Begriff machen: Also da muß Remede geschaffen werden, auch in hygienischer Hinsicht. Wenn die Sachen da die Nacht hängen, und man legt sie den nächsten Tag wieder an, so ist es ja erklärlich, daß man nicht gesund bleiben kann, wenn das nasse Zeug auf den Körper kommt. Darum bestimmen sich die Unternehmer nicht. Wer die Mängel kritisiert, fliegt einfach hinaus.

M. v. Bodman: Sie sagten vorhin, es läme auch eine Arbeitszeit von 24 bis 36 Stunden vor. — Ja, wohl. — Aber nicht in Ihrem Betriebe? — Ja, wohl, auch in meinem Betriebe. Aber nicht bei Ihnen? — Bei mir ist es auch der Fall gewesen. Wollen Sie mir nicht darüber etwas sagen, wie sich das verhält. — Ja, meine Herren, wie soll ich erklären, wie sich das verhält. Der Kutscher kommt abends nach Hause und

sagt, ich möchte ausspannen, er fährt aber doch wieder los. Am andern Morgen um 7, 8 Uhr ist er wieder da. Es wird eben abgehakt, und dann fährt man gleich wieder herum. Dadurch kommt eine 36 stündige Arbeitszeit heraus. Andere Kollegen wieder, die an dem Tage zu Hause bleiben wollen, sagen: ich bleibe zu Hause. Ich bin der Meinung, daß jemand zu Hause bleiben sollte, wenn er Tag und Nacht erst vorher gefahren ist, denn er ist dann doch physisch so herunter, daß er den anderen Tag nicht etwas vornehmen kann. Wenn er um 8, 9 Uhr fertig ist und nach Hause kommt und seine Suppe isst, so ist er um 11 Uhr so ermüdet, dann schläft er ein. Und dann müssen wir überlegen, daß, wo 12 Stunden auf dem Posten ist, physisch noch in besserem Zustande ist, als wenn er 24 bis 36 Stunden im Dienst gewesen ist. Wieviel Unfälle kommen vor, wo nachher nachgetrieben werden kann, daß übermäßig lange vor, daß Tageskutscher noch als Nachtkutscher fahren und den nächsten Tag auch wieder als Tageskutscher? — Sehr richtig. — Das tun manche doch freiwillig! — Manchmal wird der Kutscher auch dazu gedrängt.

M. Neumann: Sie haben eben erzählt, daß es im allgemeinen so ist. Ist es bei Ihnen nun schon vorgekommen, daß Sie gezwungen sind, nachts zu fahren? — Nein. — Ich stelle also fest, daß bei Ihnen selbst ein derartiger Zwang noch nicht vorgekommen ist. — Von Zwang habe ich nichts gesagt, aber es wird gesagt: na, Fremden, so und so, jetzt steht die Sache schlecht, nur damit du fährst. — Ist Ihnen das schon selbst einmal in Ihrem Berufs als Droßknecht begegnet? — Nein, mir selbst nicht, aber es kommen die Fälle vor. — Ist es Ihnen in Ihrem Geschäft schon bei anderen Kutschern begegnet, daß der Fuhrherr einen gewissen Zwang ausgeübt hat, daß ein Mann, der am Tage gefahren hat, nun auch noch die Nacht durchgefahren hat, und trotzdem am folgenden Tage wieder als Tageskutscher fungieren mußte? — Ja, ja. — In Ihrem Geschäft ist das vorgekommen? — Wo ich jetzt fahre, nicht, aber ich habe erst in der vorigen Woche konstatiert, daß ein solcher Fall vorgekommen ist. — In einem anderen Geschäft? — In einem anderen Geschäft. — Von wem haben Sie das gehört? — In unserer Gesellschaft bin ich zweiter Vorsteher, da komme ich in den Versammlungen mit den Kollegen zusammen, und da wird uns das erzählt.

A.: M. S., ich bitte zunächst Herrn Klein. Sie sind Kutscher in München, nicht wahr? — An.: Ja, Kutscher.

A.: Und zwar sind Sie Mitglied einer Organisation, einer Gewerkschaft? — An.: Ja, beim Christlich-sozialen Verband.

A.: In welcher Art von Betrieb sind Sie beschäftigt? Ist es ein reiner Droßknechtbetrieb? — An.: Einspänner und Doppelpänner. Was überhaupt Droßknecht anbelangt, so ist es der größte Betrieb in München.

A.: Ist es Kutscher- oder Droßknechtbetrieb? — An.: Es sind Droßknecht- und Doppelpänner. — A.:

Also ein anderer Betrieb ist nicht mit dem Geschäft verbunden? — An.: Nein, gar kein anderer Betrieb. — A.:

Wieviel Personen sind in dem Betriebe tätig? — An.: Es sind 22, 23, auch 24 Personen mit den Stallknechten. — A.:

Wieviel Stallknechte sind das? — An.: Zwei meistens. — A.:

Also einige 20 Kutscher und 2 Stallknechte. Sind darunter Personen, die unter 16 Jahren sind? — An.:

Das kommt selten vor, hin und wieder wird auch ein Halbblut mit 16 Jahren angenommen. — Sind augenblicklich solche Leute da? — Nein, gegenwärtig ist keiner unter 18 Jahren. — Sind Leute da, die im Hause des Arbeitgebers wohnen? — Ja, die Stallknechte. — Aber die Kutscher wohnen nicht dort? — Keiner von den Droßknechten.

A.: Erzählen Sie einmal, wie es mit der Arbeitszeit für Sie als Kutscher bestellt ist. Bezieht ein Unterchied zwischen Tag- und Nachtschicht? — An.:

Haben sogenannten Doppelpetrieb. Ich bin z. B. Tageskutscher. Ich komme früh um 6 Uhr und fahre bis abends 7 Uhr, 18 Uhr. Um 1/2 6 Uhr ist Stallzeit, da müssen die Pferde gepuht, und um 1/2 7 Uhr angepannt werden. Wenn wir nach Hause kommen, brauchen wir nichts mehr zu tun, als die Pferde abzuführen.

Das andere besorgen die Stallknechte. — Was haben Sie morgens zu tun? — Das Pferd zu putzen, Wagen und Geschirr zu reinigen. — Pferde putzen auch? — Das müssen wir selbst besorgen. — Was haben Sie nachts zu tun? — Nein. — Wann haben Sie Mittagspause?

Bestimmte Pausen haben wir nicht. — Kommen Sie nicht mittags zurück zum Pferdebesitzer? — An.:

Wir kommen mittags zurück zum Pferdebesitzer und gehen auch gleich wieder. Es steht uns aber frei, wenn man verheiratet ist und in nächster Nähe wohnt, zum Essen nach Hause zu gehen. Wer nicht in aller nächster Nähe wohnt, ist natürlich auf das Wirtshaus angewiesen. Er spannt gleich wieder um und fährt auf seinen Standplatz und ist dort. Natürlich fährt das zu Schwierigkeiten mit der Polizei, weil die Polizei vordrückt, daß kein Kutscher von seinem Fußsteig weggehen darf.

Ist das die übliche Arbeitszeit, die Sie geleistet haben, von 1/2 6 Uhr bis 1/2 8 Uhr? — Das ist für uns Tageskutscher die normale Zeit, es kommt ja vor, daß einer einmal eine Fuhre bekommt, die etwas länger dauert. Aber im Durchschnitt ist das die übliche Zeit.

A.: Wie sieht es denn mit den Nachtschichtern? — An.:

Die Nachtschicht kommen abends um 6 Uhr, besorgen ihr Pferd, spannen ein und fahren um 1/2 8 Uhr ab, sie haben dieselbe Nummer wie die Tageskutscher. Wenn wir das eine Pferd ausspannen, kommt ein anderes heran. Der Nachtkutscher fährt bis früh 5, 1/2 6 Uhr, und dann muß er mitfahren, den Wagen zu putzen. Dann hat er von 1/2 7 Uhr an frei, kann aus dem Geschäft fortgehen und bis abends um 6, 1/2 7 Uhr wiederkommen. — A.:

Die Wagen wechseln also immer nur den Kutscher? — An.: Ja. Dieselbe Nummer wird in meinem Geschäft von zwei Kutschern gefahren.

A.: Wann haben die Stallknechte zu arbeiten? — Von früh 5 Uhr und dann abwechselnd alle 3, 4 Tage muß einer in der Nacht dableiben. — Für gewöhnlich dauert es wie lange? — An.: Bis 7 Uhr abends. — Was

haben die Stallknechte denn für Pausen? — An.: Die haben etwa eine Stunde, natürlich, wenn kein Fuhrherr ankommt. Das regelt sich nach dem Dienste. — Es bestehen auch feste feste Pausen? — Nein. — Haben die Stallknechte vormittags eine Pause? — An.: Es ist nichts festgesetzt. Wenn sich einmal einer inagelichen will auf eine Viertel- oder halbe Stunde, kann er weg natürlich; unangenehm ist es immer für die Leute, man muß so etwas immer hinterlassen tun. — Haben diese Stallknechte, die ja beim Arbeitgeber wohnen, nicht wenigstens feste Ausgehzeiten an irgend einem Tage in der Woche? — Nein, gar nicht, das ganze Jahr nicht. — Wie ist es an Sonntagen? — Sonntags gibt es überhaupt nicht. — A.:

Sie wollen damit sagen, es ist an Sonntagen derselbe Dienst wie in der Woche? — Einen bestimmten freien Tag gibt es in München überhaupt nicht. Es hängt von dem guten Willen des Herrn ab. — A.:

Ist denn bei Ihnen viel zu tun im Droßknechtbetrieb? — An.: Das kommt ja auf die Jahreszeit an. Im Winter hängt es sehr von der Witterung ab, und im Frühjahr ist an Sonntagen viel gutem Wetter viel, wenn das Wetter schlecht ist, weniger zu tun als an jedem Wirtstag. — A.:

Sie halten aber doch für bestimmte Teile des Jahres den Sonntag für einen sehr wichtigen Tag? — An.: Ja, z. B. im Frühjahr und Spätherbst, wenn schöne Tage sind, an denen die Leute kleine Spazierfahrten unternehmen; aber im Hochsommer und in der Fremdenaison gehört der Sonntag nicht zu den besten. — Also hoch scheinen Sie die Sonntagsfahrten nicht einzuschätzen? — Nein, es gleicht sich im allgemeinen aus, so daß es auf dasselbe herauskommt, ob es Sonntag oder Wirtstag ist.

M. Neumann: Haben Sie in München erfahren, daß jemand, wie uns vorhin von einem Herrn gesagt wurde, gezwungen wird, nachdem er den Tag über gefahren hat, auch nachts zu fahren? — An.:

Das bringt unser Prozentsystem mit sich. Das tun die Kutscher: es sind manche dabei, die es aus eigenem Willen tun, um mehr Prozente für sich zu verdienen. — M. Neumann:

Aber gezwungen wird keiner? — An.: Direkt kann es der Herr ja nicht verlangen, weil er bestraft werden könnte, wenn er die Leute zu sehr überanstrengt. Aber im großen ganzen wird ja der Betrieb nicht überall so geführt, wie in dem Geschäft, in dem ich jetzt arbeite. Ich hätte aber die Betriebe in München viel zu erklären.

A.: Na, erklären Sie einmal. — An.: In München haben wir 405 Einspännernummern, davon sind 196 Einzelbetriebe, in denen der Vetter auch Leiter des Betriebes ist, und dann kommen 104 Geschäfte, welche als sogenannten Tagkutscher in Betracht kommen, die eine Dienstzeit von 15 Stunden haben, die Stallzeit mit eingerechnet. 105 Geschäfte haben eine Dienstzeit einschließlich der Stallzeit von 16—18 Stunden und darüber. 60 bis 70 Geschäfte sind in Geschäften, in welchen der sogenannte Doppelpetrieb eingeführt ist. Dieselben haben eine Dienstzeit von nicht unter 18 Stunden. — A.:

Woher wissen Sie das alles? — An.: In einer kleinen Stadt, wo es bloß 400 Droßknechte gibt, steht man doch jeden Kutscher und weiß doch genau, wie in jedem Geschäft gearbeitet wird. — A.:

In einem Geschäft spannen die Kutscher um 10 oder 1/2 10 Uhr früh an und fahren bis in der Frühe um 4 Uhr; im Karneval wird es auch 6, 7 Uhr, bis sie nach Hause kommen. Die haben kein Pferd zu putzen, keinen Wagen zu richten und nichts. Da wird ihnen aber so und soviel von ihrem Herrn für diese Stallarbeiten, für das Wagenputzen, vom Wochenglohn abgezogen.

M. Dr. Fischer: Wie ist es denn am anderen Tage? — An.: Da müssen sie gerade so kommen. Das ist gleich. — M. Dr. Fischer:

Auch wieder von 10 Uhr früh bis 4 Uhr früh? — An.: Alle Tage von 10 bis 4 Uhr in der Karnevalszeit und im Sommer von 10 bis 2 Uhr nachts. — A.:

Das wären 18 Stunden. Das ist aber bei Ihnen nicht der Fall? — An.: Ich arbeite in einem Geschäft mit Doppelpetrieb, das ist ein Unterchied. Da gibt es die Nachtkutscher. Bei einem Einzelbetriebe, der mit einer einzigen Nummer den Nachtschicht leitet, ist es auch wieder anders. Der spannt um 1/2 7 Uhr morgens an und fährt mit dem einen Pferd bis 1/2 7 Uhr abends. Dann spannt er um und holt sich das zweite Pferd und fährt damit bis 4, 5 Uhr morgens, in der Karnevalszeit auch bis 6 Uhr. — A.:

Wir sehen es, als ob das freiwillig wäre? — An.: Das ist nicht der Fall. Es wird von den Herren verlangt. — A.:

Aber nur in der Karnevalszeit, in außergewöhnlichen Zeiten? — An.: Ja. — A.:

Und sonst außer der Karnevalszeit fahren diese sogenannten Tag- und Nachtkutscher von 11, 1/2 11 Uhr bis früh 2 Uhr? — An.: Bis 2 Uhr, es wird auch 3 Uhr, je nachdem sie fahren haben. Die Tageskutscher, die keinen Doppelpetrieb haben, spannen um 6 Uhr an und fahren bis nachts um 9 Uhr mit einer einzigen Nummer und müssen in der Frühe um 5 Uhr zur Stelle sein.

M. Dr. Fischer: Das wäre aber eine viel größere Arbeitszeit als in Berlin? — An.: Ja, bei uns in München ist unter den Droßknechten die Arbeitszeit sehr verschieden eingeteilt. — A.:

Das ist umso merkwürdiger, als nach den ersten Erhebungen, die wir angestellt haben, in Süddeutschland eigentlich die Verhältnisse günstiger sind als in Norddeutschland. Nach Ihrer Darstellung sind sie ungünstiger? — An.:

Selbst wenn die Taxameter und das Prozentsystem haben, hat sich die Arbeitszeit vermehrt. Gar mancher sagt sich, ich arbeite mehr und habe mehr. Wenn ein Kutscher weniger Glück hat, wird er von dem Herrn angepannt: Du, der andere hat soviel verdient, wo warst du? Willst du deinem Vergnügen nachgehen oder ins Wirtshaus eingehen? — A.:

Können Sie denn auch jeden Tag entlassen werden? — Ja, wir haben keine Abkündigungssfrist.

M. Mollenhuth: Ich möchte fragen, ob die Droßknechte durchschnittlich so besetzt sind, daß, wenn eine längere Arbeitszeit wäre, immer noch Droßknechte vorhanden wären, also die Partiezeit sich dadurch abführen würde? — An.:

Ja, es wären immer Droßknechte genug auf dem Platz, und dann gibt es die sogenannten Einspännernummern,

*) Zeichenerklärung: A. = Vorsitzender, St. A. = Stellvertreter des Vorsitzenden, M. = Mitglied des Vereins für Arbeiterstatistik, R. = Kommissar, Ag. = Arbeitgeber, An. = Arbeitnehmer.

die durch die Vorkasse selbst geleitet werden, das sind so viele schon 196, und durch den Doppelbetrieb laufen unsere Nummern Tag und Nacht, und dann gibt es Führer, die die Nummern durch Knechte leiten lassen und den sogenannten Droßchenbetrieb mit einem Knecht ausüben. — M. Wollenbühl: Sie haben mich, glaube ich, nicht ganz verstanden. Die Droßchen stehen doch auch auf einem bestimmten Stand? — An.: Ja. — M. Wollenbühl: Nun frage ich, ob der Erfahrung gemäß durchschnittlich eine recht lange Wartezeit für die Kutscher eintritt, so daß, wenn die Dienstzeit abgelaufen wäre, also weniger Droßchen zu haben wären? — An.: Jederzeit wären Droßchen genug zu haben.

M. v. Bodman: Was nennen Sie die Karnevalszeit? — An.: Die Zeit von Heilige drei Könige bis Faschingsdienstag. — M. v. Bodman: Also diese ganzen Wochen? — An.: Neuer 3. B. dauert es 9 Wochen.

M. Dr. Fischer: Herr Präsident, die Durchschnittsperson bezieht sich immer auf das Projektionsystem. Vielleicht würde es sich empfehlen, daß wir jetzt gleich einmal etwas über die Wohnen des Herrn hören, daß er uns sagt, wie seine Wohnverhältnisse sind und wie sich das Projektionsystem gestaltet, weil er immer sagt, das Projektionsystem ist schuld, daß wir jetzt die lange Arbeitszeit haben.

M.: Wie werden Sie denn geholt? — An.: Ich komme mit meinen Projekten, wenn ich genau rechne, auch 3,20 Mk. — V.: Wie sind denn die Projekte verordnet? — An.: Die Kutscher, die um 10 Uhr ausspannen und bis früh 4 Uhr Ruhe haben, die ihr Pferd und ihren Wagen nicht zu reinigen brauchen, verdienen etwas mehr, haben aber auch längere Arbeitszeit. Es sind manche dabei, hauptsächlich junge Leute, die das durchzuführen können. Aber wenn einer ein alter Mann ist, kann er nicht mehr so lange auf dem Post sitzen.

M.: Wie wollen wir allen Dingen einmal hören: wie werden Sie geholt? Bekommen Sie einen festen Lohn? — An.: Ja, 1. Mk. und 20 Pct. täglich. — V.: Das macht für Sie wieviel aus? — An.: Das macht für mich 3 Mark 20 Pf. aus. — V.: Es gibt aber Leute, die mehr verdienen, wenn sie länger fahren? — An.: Wenn sie länger fahren, verdienen sie mehr. Ich habe auch schon den Nachschicht ausgestellt vor 5 Jahren, da habe ich mehr verdient. Aber wenn man Tag und Nacht so auf dem Platz zubringen muß, hat man auch viel mehr Ausgaben. Wenn das Jahr um ist, gleich es sich aus. — V.: Wollten Sie auch, wie vorher erwähnt worden ist, den Stellen etwas abgeben? — An.: Den Stellen wird pro Woche 1 Mk. Stallgeld gegeben für Verordnungen, Ausmistung und kleine Dienstleistungen.

M.: Der Kutscher, der die Pferde reinigt, den gibt es auch? — An.: Der Kutscher, der die Pferde reinigt, den gibt es auch. — V.: Welche eine Marz steht in dem Verbleib drin? — An.: Die steht in dem Prozentverdienst drin. Und denen, die um 10 Uhr ausspannen und nichts mit Pferd und Wagen zu tun haben, wird mehr abgezogen. Es sind Leute dabei, denen 2,50 Mk. abgezogen werden, weil der Herr sagt: du kommst eher heraus und kommst dir mehr Prozente verdienen und mir auch mehr Einkommen bringen. — V.: Ist das auch so? — An.: Das ist so. — V.: Sie halten das nicht für unbedeutend. — An.: Nein, keineswegs. — V.: Wie ist es mit dem Anzug? — An.: Den müssen wir selbst kaufen. Wasch- und Putzzeug und Stroh und das Platzwärtergeld müssen wir zahlen und im Sommer die Wasserträger. Uns werden immer die Trümpel gegeben. Es heißt: das könnt ihr leicht von den Trümpeln befreien. Das ist ja richtig, daß das Trümpel oft ganz gut ist, aber wenn die Gelenke schlechter sind, ist es auch gering.

M.: Was macht das Trümpel überhaupt aus? — An.: Oft bekommt man 60-70 Pf. an Tage und jetzt hat es für mich auch Tage geben, an denen ich 3, 4 Tage lang nur 10-20 Pf. verdient habe, so daß die Einnahme durch die Ausgabe für den Platzwärter wieder aufgehoben war.

M. Neumann: Sind die Trümpel in der Karnevalszeit nicht höher? — An.: Ja, natürlich, da bekommt man schließlich auch hin und wieder etwas mehr. Das kommt ganz auf die Fahrt an. Wenn ich 3, 4 einen Fahrgast bekomme, der mich 3, 4 Stunden lang behält und mir nachher 20 Pf. schenkt, dann macht das nicht viel aus. Aber wenn ich redt viele Einzelfahrten bekomme, und es fallen hier 10 Pf. und da 10 Pf., dann ist das natürlich. Es kommt ja auf das Fahrwerk an. So ist es auch im Sommer. Wenn ich eine Spazierfahrt mache und brauche dafür den halben Tag und der Herr schenkt mir nur 20, 30 Pf., dann bin ich im Nachteil.

M. Dr. Fischer: Die Durchschnittseinnahme der Droßche ist nach Ihrer Angabe 11 Mark. Sie sagen, Sie stehen sich auf 3,20 Mk. Davon ist 1 Mk. fester Lohn und 2,20 Mk. sind 20 Pct. der Einnahme. In Berlin wurden 9-10 Mk. als Einnahme angegeben.

M.: Wann rechnen Sie mit dem Arbeitgeber ab? — An.: Alle Woche. Es wird vom Taraxamer alle Tage in der Frühe abgerechnet. Wenn die Woche zu Ende ist, werden die 7 Tage zusammengeordnet und dann werden abgerechnet: 7 Mark und die Projekte. — V.: Behalten Sie das 7-1/2 lange bei sich? — An.: Was ich verdient habe, was der Taraxamer anzeigt, wird alle Tage in der Frühe 7-1/2 Mark abgerechnet. — V.: Sind Strafgebühren der Finen üblich? — An.: Natürlich, das hat man immer zu gewöhnt, weil wir stets angeklagt sind, daß wir auf dem Platz bleiben. — V.: Nein, ich meine, Strafgebühren an den Vorkasse? — An.: Nein, außer wenn nachgewiesen wird, daß einer selbst etwas verschuldet hat, ein Fenster einschlägt oder eine Laterne gestiehlt, dann sagt der Herr: Ja, du mußt mir die Sache bezahlen. — V.: Das ist keine Strafe, sondern nur Ersatz. — An.: Sonst haben wir keine Strafen.

M.: Wie ist es mit den gesundheitlichen Verhältnissen? Haben Sie schon einmal bemerkt, daß Ihre Tätigkeit als Kutscher Ihnen an Ihrer Gesundheit geschadet hat? — An.: Ich bin erst 7 Jahre im Geschäft, da habe ich noch nichts bemerkt. Ich bin aber auch erst 33 Jahre alt.

M.: Haben Ihre Kollegen etwas bemerkt? — An.: Alle Leute bekommen ja sehr viel Rheumatismus: es ist keine einer, der ganz unversehrt aussteigt. Es gibt ja Ausnahmen, aber die meisten sind, wenn sie in die Jahre kommen, mit Rheumatismus und ähnlichen Leiden behaftet.

Die Zugleistung des Pferdes.

Unter der Zugleistung des Pferdes versteht man die Wagenlast (d. h. die Gesamtlast des Wagens und dessen Belastung), die ein Pferd unter bestimmten Verhältnissen noch gut zu ziehen vermag, oder aber, was dasselbe ist, den Grad der Schwierigkeit, den das Ziehen einer bestimmten Last unter bestimmten Verhältnissen einem Pferde verursacht. Wie leicht erschließt sich die Zugleistung eines Pferdes von den verschiedenartigen Bedingungen abhängig. Zunächst natürlich von der Kraft des Pferdes, in zweiter Linie von seiner Schwere. Die Schwere des Pferdes ist nicht mit der Kraft desselben zu verwechseln, kann sogar nicht einmal mit unbedingter Sicherheit als Maßstab für letztere angenommen werden, da das schwerste Pferd durchaus noch nicht das kräftigste und leistungsfähigste zu sein braucht, vielmehr Rasse, Schlag und Zucht unabhängig von der Schwere des Pferdes dessen Zugleistung mitbestimmen. Jedoch gleiche Rasse und Zucht vorausgesetzt, wird von zwei Pferden das schwerere stets die größere Zugleistung aufweisen, also eine größere Last als das andere zu ziehen vermögen oder aber beispielsweise auf ungunstigen Wege den Wagen noch gut ziehen können, auf dem das andere nur noch mit größter Anstrengung oder überhaupt nicht mehr vorwärts kann. Beim Ziehen des Wagens legt das Pferd sein eigenes Gewicht als Gegengewicht gegen das Gewicht des Wagens ein, daher wird es letzteres mit seiner Belastung um so eher bewältigen können, je größer sein Eigengewicht, je schwerer und massiger es also ist. Des weiteren wird die Zugleistung des Pferdes bestimmt durch den Bau des Wagens und ist umso größer, je zweckmäßiger und leichter letzterer gebaut ist und je geringer die Reibung der Räder an der Achse ist. Bei guter und reichlicher Schmierung, durch welche diese Reibung vermindert wird, ist die Zugleistung des Pferdes größer als bei mangelhafter und vernachlässigter. Wesentlich beeinflusst wird die Zugleistung des Pferdes durch die Fellen der Räder; je breiter diese sind, umso größer ist die Reibung der Räder am Boden und umso geringer die Zugleistung des Pferdes, je schmaler, umso größer ist diese. Doch gilt dies, wenn auch für die meisten, so doch nicht für alle Wege und zwar nur für noch einigermaßen feste Wege. Auf sandigen oder gar toigen Wegen sinkt das Rad bei schmaler Felle tiefer als bei breiterer ein, hat daher auch einen größeren Widerstand zu überwinden, aus welchem Grunde auf solchen Wegen auch die Zugleistung des Pferdes bei breiterer Felle größer ist als bei schmalerer.

Am meisten wird die Zugleistung des Pferdes jedoch durch die Beschaffenheit des Weges bestimmt: Je ist umso größer je härter und fester der Boden ist, auf dem der Wagen fährt. Die größte Zugleistung vermag das Pferd auf harter trockener Kunststraße zu leisten, also etwa auf gleichmäßigem Steinpflaster, das natürlich kein Dorfplaster sein darf. Ein gleich günstiges Resultat wird auch auf asphaltierter Straße erreicht, jedoch nur bei kalter oder mäßig warmer Witterung; in der Glühhitze des Hochsommers dagegen, durch die der Asphalt fast flüssig wird, wird die Zugleistung um ca. 25 Prozent herabgesetzt. Um 80 Prozent geringer als bei harter und trockener Kunststraße ist die Zugleistung des Pferdes auf (etwa infolge Erd- oder Baubarbeiten) toiger Kunststraße, um 60 Prozent geringer auf hartem Lehm Boden. Eine Wagenlast, die also auf harter, trockener Kunststraße durch ein Pferd gerade noch bewältigt werden kann, brauchte auf hartem Lehm Boden zwei Tiere zur Fortbewegung. Noch wesentlich ungünstiger, nämlich um ca. 75 Prozent geringer als auf harter und trockener Kunststraße ist die Zugleistung auf den erdigen Nebenwegen. Auf neugeglattem Kunststraßen beträgt die Zugleistung nur noch 15 Prozent der auf harter Kunststraße erzielten Leistung, und auf tiefem lockeren Sande sogar nur noch 10 Prozent. Hier wären also 10 Pferde für die Fortschaffung einer Wagenlast nötig, die auf guter Kunststraße durch ein Pferd bewältigt werden kann.

Oeffentliche und Mitglieber-Verfassungen.

Breslau. Eine sehr stark besuchte öffentliche Versammlung von Kutschern aller Berufe fand am Sonntag, den 14. Mai, statt. Die Tagesordnung lautete: Die amtlichen Erhebungen über die Arbeitsverhältnisse der Kutscher und ihre Folgen. Zu diesem Punkt hielt ein hiesiger Kollege das Referat, er beleuchtete erst in kurzen Zügen die Verhältnisse der hiesigen Kutscher im Allgemeinen, die schlechten Lohnverhältnisse und die lange Arbeitszeit, kam auch auf die vielen Ueberretungen der Sonntagstraßen zu sprechen, welche sich die Herren trotz mehrfacher Bestrafungen zu Schulden kommen lassen, und meinte, daß auch die Kutscher einen großen Teil Schuld daran trügen. Der Referent verurteilte scharf die verwerfliche Handlungsweise des Herrn Joseph Bol & Co. wegen der Entlassung des Kollegen Hermann Zimmer 2, weil er auf dem statistischen Amt wahrheitsgetreue Aussagen machte.

Auch Herrn Schneider als Vertreter der Arbeitgeber, unterzog Redner einer verdienten Kritik. Er zweifelte, daß Herr Schneider je wahrheitsgetreu ausgesagt hat als Zimmer. Herr Schneider kennt die den Kutschern besten Verhältnisse, meint auch, die Arbeitszeit von früh 5 Uhr bis abends 8 Uhr sei nicht zu lang.

Zum Schluß forderte Redner die Versammelten auf, sich alle dem Verbands anzuschließen, da doch nur durch

festes Zusammenhalten eine Besserung der Verhältnisse erzielt werden könne.

In der darauf folgenden Diskussion sprachen sich die Redner im Sinne des Referenten aus. Auch Herr Kleinfeld als Arbeitgeber gab zu, daß die Kutscher unter 23 bis 24 Mk. Wochenlohn nicht auskommen könnten, Herr Kleinfeld hob aber das Trümpel besonders hervor, meinte, wenn die Kutscher etwas bösslicher wären, würden sie noch mehr verdienen. Die Kollegen wollten das Trümpelgewissen abschaffen und verlangen besseren Lohn.

Es wurde dann folgende Resolution einstimmig angenommen:

„Die heute im Gewerkschaftshause tagende öffentliche Kutscher-Versammlung ist mit den Ausführungen des Referenten voll und ganz einverstanden und wird dafür eintreten, daß bessere Lohn- und Arbeitsverhältnisse Platz greifen. Sie verurteilt die Handlungsweise Joseph Bol & Co. aufs schärfste, kann sich auch nach dem Vorschlage des Herrn Schneider, mit einer 14 stündigen Arbeitszeit, nicht einverstanden erklären, hält vielmehr eine 10 stündige Arbeitszeit für ganz gut durchführbar.“

Nach Schluß der Versammlung ließen sich mehrere Kollegen in den Verband aufnehmen.

Charlottenburg. Am Sonntag, den 14. 5. 06 hielt die hiesige Verwaltungsstelle eine Mitglieder-Versammlung ab. Zu seinem Referat hatte Genosse Hennig den „Rustensack“ gewählt. Redner führte den Anwesenden in kurzen Zügen die industrielle sowie wirtschaftliche Lage vor Augen, kennzeichnete ferner die Hausarbeit, welche aber durch sehr schlechte Bezahlung sich keines guten Rufes erfreuen könne, schilderte ferner die sozialpolitischen Zustände, welche ja dort an Krüden hängen, wie durch den Krieg in Ostasien die inneren Zustände mehr und mehr verschlimmert werden. Daß unsere Kaufleute mit Argusaugen darauf sehen, daß diese Bewegung zu Wasser werden soll, um dann womöglich durch Vorträge unser Wahlrecht zu gefährden, ist verständlich. Dem Genossen Hennig wurde für seine Ausführungen reichlich Beifall zu Teil. Zum 2. Schriftführer wurde der Genosse Kroschke gewählt. Unter Verschiedenem gab der 2. Vorkassende bekannt, daß am 25. Juni unter Sommervergütungen stattfinden und die Kollegen sich rege daran beteiligen mögen. Eine Rüge wurde verschiedenen Bezirkskassierern wegen zu schlechter Ausführung der Listen zuteil und wurden sie ersucht, ihr Amt besser zu verwalten. Ferner wurde die Unterbrechung, die mit der Firma Göttsche & Co. stattgefunden hat, besprochen. Hier sollte ein Lohnzettel vorgelegt werden, der aber von dem früheren Vertrauensmann gemitschelt wurde, trotzdem sich sämtliche Kollegen dafür entschieden hatten, er die Ausrückung gebrauche: „Wacht was ihr wollt, ich mache auch was ich will.“ Dies war genügend gesagt. Der Beweis dafür sollte auch nicht lange auf sich warten lassen; es wurden in diesem Betriebe gleich darauf die beiden Vertrauensleute entlassen. Jetzt war es klar, was dieser frühere Kollege wollte. Nachdem nun eine Vertrauensmann-Erwählung einberufen war, welche sich mit dieser Sache beschäftigte, sollte der v. Krüger — dies der Name des Vertriebenen — aus der Organisation ausgeschlossen werden. Es wurde den Kollegen aus Herz gelegt, nicht Anstoß an die Organisationen dieses Herrn zu nehmen, sondern fest und treu zur Organisation zu halten. Mit einem dreifachen Hoch schloß der Vorkassende die gut besuchte Versammlung, an welche sich noch ein gemüthliches Beisammeln knüpfte. Zu bemerken ist noch, daß die fünf Stellvertreter der Firma Ludmann folgende Personen sind: Vogt, Devanche, Sauer, Ruge und Körner.

Stettin. Eine Mitglieder-Versammlung am 13. Mai beschäftigte sich mit der Frage: „Lösen wir unsere Zahlstelle auf?“ Genosse Apel legte den Anwesenden klar, daß es unter den obwaltenden hiesigen Verhältnissen sehr schwer sei, die notwendigen Verwaltungskomitees zusammen zu bekommen, weil diese regelmäßig von den Arbeitgebern gemitschelt werden. In der Diskussion erklärten sich die Kollegen einmütig für Auflösung der Verwaltung und Einsetzung eines Vertrauensmannes, und wurde folgedessen demgemäß beschloffen. Als Vertrauensmann wurde der Kollege Ernst Gröbe einstimmig gewählt, worauf Schluß der Versammlung erfolgte.

Leipzig. Am 13. Mai fand eine Versammlung der Expeditionen statt, mit folgender Tagesordnung: Die neuesten Propagationen der Leipziger Spektreure und Fuhrunternehmer und was gebeten die Expeditionen dagegen zu tun. Zu der Versammlung gab folgender Ulaß der Unternehmer Veranlassung: „Es wird darauf aufmerksam gemacht, daß die Arbeitgeber im Expeditions-Gewerbe sich vereint haben, um Arbeitsstellen in wirtlich zu begegnen. Ein Arbeiter, der ohne Einzahlung der gesetzlichen oder vertragmäßigen Rindigungsfrist die Arbeit verlassen hat, darf vor Ablauf von vier Wochen von keiner anderen Expeditionen eingestellt werden. Die Arbeitgeber haben sich gegenseitig bei Konventionalstrafe verpflichtet, diese Bestimmung unbedingt und ausnahmslos zu befolgen. Der Kollege Schmidt führte den zahlreichen erschienenen Kollegen ihre traurigen Verhältnisse bei den geringen Löhnen und oft auch schlechter Behandlung vor Augen und wies darauf hin, daß bei diesen Löhnen für einen Leipziger Arbeiter kein Auskommen sei. Er ersuchte um Beitritt zum Verband, damit bessere Verhältnisse erreicht werden könnten. Nach einer lebhaften Diskussion fand folgende Resolution einstimmig Annahme: Die Expeditionen-Versammlung erklärt sich mit den Ausführungen des Referenten einverstanden und erbittet in dem Flugblatt, welches von den Unternehmern an die Arbeiter verteilt worden ist, geradezu eine direkte Herausforderung. Dessen ungeachtet wird jeder Kollege seine volle Pflicht erfüllen und auch den letzten Mann seiner Organisation zuführen, um dann mit aller Macht dem Unternehmertum entgegenzutreten.“ In dieser Versammlung wurden dann 21 Neuaufnahmen erzielt.

Verantw. Redakteur u. Verleger: A. Brüllsch, Rummelsburg. Druck: Maurer u. Dimmid, Berlin, Rauten-Str. 11.